

Die wichtigsten Gesetzesvorlagen für die - BRD / D – Mitarbeiter, die für diese bindend sind!

Um den ganzen Betrug zu verstehen, muss erst die Geschichte und der Hergang für diese von Korruption tiefenden Verhältnisse verstanden werden, warum und weshalb alles auf krimineller Willkür, Hochverrat und gewerbsmäßiger Bandenkriminalität basiert.

Einleitung:

- 1.** – Als erstes muss festgestellt werden, das Deutsche Reich 1871, das als Handelsrechtlicher Verein im Seerecht (Firma) gegründet wurde, hat den 1 Weltkrieg geführt, Preußen als voll souveräner Staat war vom Krieg ausgeschlossen! Ein souveräner Staat und eine private Firma können zusammen keinen Krieg führen.
- 2.** – Die Bundesstaaten des Deutschen Reiches waren nichts anderes als **Prussische Provinzen**, die von Fürsten / Königen unter Gnaden der röm. kath. Kirche als Lehen der Kirche verwaltet und bewirtschaftet wurden. **Bis 1914** waren in den alten, Originalen Europakarten immer noch das **Prussische Empire**, kein Deutsches Reich und keine Bundesstaaten verzeichnet. Ab 1915 dann waren die Karten geändert, da wurden die Prussischen Gebiete mit einem Mal als Germany bezeichnet! – Erst in den neueren Karten gab es das Reich und die Bundesstaaten, was auf ein nachträgliches Einfügen hinweist. Das ist der gleiche Betrug wie heute auch, es hat niemals Bundesländer / Bundesstaaten wie Bayern, Niedersachsen, Hessen, Schleswig- Holstein, Brandenburg usw... gegeben. Das sind alles Fiktive (erfundene / erdichtete) Länder / Staaten.
- 3.** – Bis zum **28 Oktober 1918**, dem **Putsch** gegen den Wahl- Kaiser, hat kein Feind jemals Deutschen (Prussischen) Boden betreten, der Putsch wurde angeführt von den Lehensverwaltern der Kirche, dem sogenannten Adel, von den Deutschen- Juden, die den Staat bereits 1916 an die Engländer und Amerikaner für ihr Palästina verraten und verkauft haben (Balfour- Vertrag) und von der **SPD**, die viel Ähnlichkeit mit der **NSDAP** hat. Aber auch nach dem Putsch und nach dem **Waffenstillstand am 11 November 1918**, hat kein bewaffneter Feind das unbesiegte Deutsche Reich 1871 betreten!
- 4.** – Bis zum heutigen Tag wurde für den **1. Weltkrieg** der am **31 Juli 1914** mit **Ausrufung des Notstandes und des Kriegsrechts** seinen Anfang nahm, kein **Friedensvertrag** geschlossen. Das bedeutet, **alle Prussen** befinden sich noch heute im **Notstand / Kriegsrecht unter Waffenstillstand!**
- 5.** – Unter aktiven Kriegsrecht ist der Staat eingefroren und wir nur noch militärisch verwaltet, die Gründung eines neuen Staates ist vor Abschluss von Friedensverträgen für den 1. Weltkrieg völlig unmöglich, im Krieg kann man keinen Staat neu gründen. Deshalb waren die Weimarer Republik, das 3. Reich Adolf Hitler, die Bundesrepublik Deutschland und seit 1990 Deutschland nur faschistische (Firmen) Diktaturen. Für das 3 Reich wird das ganz deutlich in Filmen und Dokumentationen aufgezeigt, dort ist generell die Rede von einer faschistischen Diktatur! Also einer Diktatur durch den Geschäftsführer einer Handelsfirma im Seerecht = Piraterie. Dazu machen auch die ständigen Um- Benennungen Sinn, die Prussen sollen vergessen, wer / was sie wirklich sind und sich mit der Erdichtung (Fiktion) identifizieren. Mehr dazu im Abspann.

Kapitel A. – Staatliche Rechte der BRD / Deutschlands:

Dazu die Urteile des BRD- Eigenen Bundes- Verfassungsgerichts.

Das Bundes- Verfassungsgericht erlässt seine Urteile so, wie sie vorgeschrieben wurden!
Bei den Urteilen des BVerfG. geht es ausschließlich nur um den Haftungsausschluss für die illegale Besetzung durch die Firmen England, USA, Vatikan, Khasarische- Bankenmafia.

1. – 1963 BVerfGE - Nichtig Verwaltungsakte:

Auf Grund der **fehlenden Staatlichkeit** verfügen die Behörden der BRD nicht über staatlich-hoheitliche Gebietskörperschaftsrechte, denn **staatlich-hoheitliche Gebietskörperschaften** werden von einem **Staat verliehen**.

Nur bei Vorliegen dieser staatlich-hoheitlichen Gebietskörperschaftsrechte dürfen Verwaltungsakte gegen den Bürger ausgelöst werden.

(BVerfG 1 C 74/61 vom 28. 11. 1963) - (BVerfGE 55, 100 bzw. 1BvR 668/04)

2. - - Urteil des BVerfGE vom 25.07.2012:

BVerfG-Urteil vom 25.07.2012 (**2 BvF 3/11, 2 BvR 2670/11, 2 BvE 9/11**) stellt fest, dass es keine verfassungsgemäßen Parlamente seit mindestens **1956 in der BRD gab**. Die Frage, ob die Gesetze nicht trotzdem durch die normative Kraft des Faktischen gültig seien, ist überhaupt nicht zulässig.

Denn die „Normative Kraft des Faktischen“ schließt nicht ein, dass Rechtsverstöße, Betrug, Vertretungsfehler, sich irgendwann als Recht bezeichnen könnten.

Aus Unrecht wächst kein Recht – auch nicht, wenn es 70 Jahre vertuscht, versteckt oder sonst wie unbemerkt blieb.

- BRD als angeblicher Rechtsstaat schon seit 1956 erloschen
- Neues Wahlgesetz nichtig
- Altes Wahlgesetz nichtig
- Über 50 Jahre nichtige Gesetze und Verordnungen
- Mitglieder im Bundestag und im Bundesrat in Ermangelung eines Wahlgesetzes seit **1956** ohne Legitimation für eine Gesetzgebung

Der **US- Corporation** Bundesrepublik DEUTSCHLAND wurde hiermit die Regierungsgewalt bis **rückwirkend 1956** völlig entzogen!

Der US- Corporation Deutscher Bundestag wurde hiermit das Recht zur Gesetzgebung bis **rückwirkend 1956** völlig entzogen!

Alle Gesetze, Verordnungen und Verträge sind bis rückwirkend 1956 **null und nichtig!**

Alle Gesetze, Verordnungen und Verträge die nach diesem Urteil erlassen oder vereinbart worden sind, sind null und nichtig da es keine Regierung und keinen Gesetzgeber mehr gibt.

3. - 1991 (01. Jan) Streichung des § 795 BGB – Staatliche Inhaber

Schuldverschreibung. Die Streichung der Inhaber- Schuldverschreibung bestätigt die **organisierte Bandenriminalität**, niemand kann mehr einen staatlichen, versicherten Verwaltungsakt auslösen!

Kein Verwaltungsakt ist mehr versichert und in irgendeiner Form staatlich abgesichert, alle Verwaltungsakte sind nur noch privat und unter privater persönlicher Haftung möglich.

Alle Mitarbeiter handeln Ultra Vires. (Ohne Versicherungsschutz)

4. - Da in der Bundesrepublik Deutschland zu keiner Zeit nach **Artikel 146 Grundgesetz** eine **Verfassung** gewählt wurde, was auch gar nicht möglich war, konnte die BRD auch niemals über staatliche Rechte und Befugnisse verfügen.

Die BRD wurde 1945 beim Potsdamer Abkommen der Alliierten als eine private Verwaltungseinheit gegründet, die Gründung erfolgte in Washington DC - USA – war somit lediglich eine kriminelle **Staats- Simulation** ohne Rechte und Befugnisse, die auf fremdes Staatsgebiet agierte. - **Eine private US- Corporation (GmbH)** ohne Hoheitsrechte!

5. - **1973 + 1983 BVerfGE - die Bundesrepublik Deutschland verfügt über kein Staatsgebiet:**

Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom **31. Juli 1973** mit dem

Az: 2 BvF 1/73 und Urteil BVG U 2 BVR 373/83 und von 1987

6. - **1982 Das BVerfGE zur Staatshaftung:**

Das Staatshaftungsgesetz ist vom „Bundesverfassungsgericht“ 1982 für nichtig erklärt worden (Urteil des „Bundesverfassungsgerichtes“ vom **19. 10. 1982 (BVerfGE 61, 149)**).

Alle „Mitarbeiter“ der „BRD“ haften seitdem privat und persönlich vollumfänglich mit ihrer eigenen Freiheit und ihrem eigenen Vermögen.

Gemäß **Kapitel A – Absätze 1 + 2** ist im Grunde genommen schon alles geklärt, aufgrund Absatz 2 sind alle Gesetze, Verordnungen und Verträge null und nichtig bis **rückwirkend 1956**, alle Gesetze, Verordnungen, Verträge usw... die nach dem **25.07.2012** geschlossen worden sind, sind rechtswidrig und völlig wertlos!

Hierin sind selbstverständlich sämtliche Corona- Verordnungen, Impfpflichten, E- Mobilität, Wärmepumpen- Verordnungen usw... miteingeschlossen.

7. - **Der Grund für diese „Urteile“ = Haftungsausschlüsse**

ergeben sich aus den Tatsachen, dass Preußen 1987 reaktiviert werden musste, offiziell wurde **Preußen mit dem 18.07.1990** wieder aktiv gestellt, jedoch mangels Organisation der Staatsausübung handlungsunfähig ist.

Die Organisation als Gesamtstaat und der Handlungsunfähigkeit wird von den illegalen, völlig rechtelosen Mitarbeitern in den Schein- Ämtern- und Behörden gewaltsam aufrechterhalten. Das ist Hochverrat und Kollaboration mit den Feinden aller Deutschen!

8. - **1956 + 1973 Das Deutsche Reich (Kaiserreich) besteht weiter.**

BVerfGE 31.07.1973 - (2 BvF 1/73)

Es wird daran festgehalten

(vgl. zB. **BVerfG, 1956-08-17, 1 BvB 2/51, BVerfGE 5 85 <26>**), dass, das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation der Diktatur 3. Deutsches Reich noch durch die Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die Alliierten noch später untergegangen ist; es besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation nicht handlungsfähig.

9. – Auszug aus dem Schreiben von Otto Schily, „Innenminister“ der BRD, vom 14.02.2004, Ein Rundschreiben an alle Institutionen, die dem „Innenministerium“ der US- Corporation Bundesrepublik Deutschland unterstehen.

Jegliche Organe der Behörden in der Bundesrepublik Deutschland haben keine Rechtsgültigkeit mehr! – **Hatten sie noch niemals!**

Das Deutsche Reich in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937 ist existent.

Jeder Staatsbürger des Deutschen Reiches unterliegt nicht den Gesetzen und der Gerichtsbarkeit der als **Diktatur regierten Staatssimulation namens Bundesrepublik Deutschland.**

Otto Schily, ein Lump vor dem Herrn, hier wird versucht, die rechtsungültigen Gebietsabtretungen durch den Versailler Vertrag und die horrenden Reparationszahlungen durch die angebliche Aktivierung des 3. Reiches Adolf Hitler unter den Teppich zu kehren. Die Grenzen vom 31. Dezember 1937 wurden auch von den Alliierten definiert.

Das Grundgesetz weist uns in Artikel 146 den Weg!

Welches Grundgesetz Otto???

Das Grundgesetz existierte zu diesem Zeitpunkt schon seit 14 Jahren nicht mehr!

10. - BVerfGE zum Grundgesetz

In der BRD gibt es kein Geltungsbereich mehr (**Wegfall Art. 23 „Geltungsbereich“** am 17.07.1990 bzw. rechtswidrig mit den „Europa-Artikel“ überschrieben) **„Gesetze ohne Geltungsbereich besitzen keine Gültigkeit und Rechtskraft.“**
(BVerfGE 3, 288 (319f); 6, 309 (338, 363))

11. - 1987 BVerfG. 77, 137:

Das deutsche Volk ist seit dem **16.04.1871 Träger des Selbstbestimmungsrechts.** Hier sagt das Bundes-Verfassungsgericht allen Deutschen klar und deutlich, wer sie sind und wo sie leben!

12. – Die Verfassungswidrigkeit des Bundestages und der Landtage bedeutet, dass die im Tillessen-Urteil vom Tribunal Général in Rastatt am 6.1.1947 getroffene analog bindende Feststellung anzuwenden ist, dass das in Bezug genommene BRD-Gesetz unter Umständen zu Stande gekommen ist, die eine offenkundige, von der Regierung begangene Gesetzwidrigkeit und Gewaltanwendung darstellen, dass das (Gesetz analog zum sogenannten) Ermächtigungsgesetz vom 23.3.1933 entgegen der Behauptung, dass es der Verfassung entspreche, in Wirklichkeit von einem Parlament erlassen worden ist, das (infolge der Personalunion von Regierung und Gesetzgebung) eine gesetzwidrige Zusammensetzung hatte, und dass es (durch die Vereinigung der gesetzgebenden Gewalt mit der vollziehenden in der Hand des Bundeskanzlers, Ministerpräsidenten, ihrer Minister und parlamentarischen Staatssekretäre) alle wesentlichen Voraussetzungen einem ordnungsgemäßen und normalen Rechtsgrundsatz (insbesondere dem Gewaltentrennungsgebot, Art. 20(2)2 GG) entsprechenden Regierung verletzt. Es macht keinen Unterschied in der Verfassungswidrigkeit der Zusammensetzung eines Parlaments, ob Abgeordnete (Kommunisten), die hineingehören, ausgeschlossen werden, oder Exekutivbedienstete (Kanzler, Ministerpräsidenten, Minister, parlamentarische Staatssekretäre), die nicht hineingehören, im Parlament als abstimmfähige Mitglieder sitzen.

Diese Tribunal-Entscheidung ist im Staatsarchiv in Freiburg archiviert und bis heute für alle Behörden, Gerichte und Gesetzgeber der BRD auch gemäß Art. 4 des 2. Gesetzes v. 23.11.2007 über die Bereinigung

von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesjustizministers bindend, denn es machte die rechtlichen und tatsächlichen Entscheidungsgründe des Tribunals allgemeingültig.

Auch die Machtergreifung durch **Adolf Hitler 1933 mit seiner Faschistischen Diktatur** wurde als rechtsungültig beurteilt.

Worauf das **Tribunal Général in Rastatt nicht direkt eingeht, ist die Tatsache, dass seit dem 29.10.1918 alles nur noch im, auf preußischem Boden verbotenen Seerecht = Piratenrecht, abgewickelt wird und keinerlei Rechtsgültigkeit erlangen kann. – Alles unterliegt der sogenannten Piraterie. -**

Die Machtergreifung durch Adolf Hitler war kriminell, null und nichtig!

Somit gibt es auch keine Definition in den Grenzen von 1937 und keine Rechtsnachfolge durch die US- Corporation Bundesrepublik Deutschland!

Deutlicher ist es kaum noch zu beweisen, dass es niemals einen Staat Bundesrepublik Deutschland oder die Nachfolger Germany / Deutschland gegeben haben kann!

Das Schreiben von Otto Schily befindet sich im Anhang.

Kapitel B. – Bundesländer / Bundesstaaten:

1. – BVerfGE zum Grundgesetz

In der BRD gibt es kein Geltungsbereich mehr (**Wegfall Art. 23 „Geltungsbereich“** am **17.07.1990** bzw. rechtswidrig mit den „Europa-Artikel“ überschrieben) **„Gesetze ohne Geltungsbereich besitzen keine Gültigkeit und Rechtskraft.“**
(BVerfGE 3, 288 (319f); 6, 309 (338, 363))

2. – Mit Streichung des Geltungsbereiches des Grundgesetzes wurde, dass GG. null und nichtig, somit wurden auch die **Wirtschaftsgebiete Art. 133 Grundgesetz** aufgelöst. Die Wirtschaftsgebiete des Art. 133 GG sind die sogenannten Bundesländer, die durch den Bund verwaltet wurden und sich auf Befehl von General Eisenhower auch als Bundesländer oder Bundesstaaten bezeichnen durften.

3. - 1991 BVerfGE zur Wiedervereinigung:

Es gibt keine Wiedervereinigungen zwischen DDR und BRD

(Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom **24 April 1991- BvR 1341/90**)

Die BRD verfügt weder über ein **Staatsgebiet** noch über ein **Staats- Volk**.

Somit ist auch die Gründung der Bundesländer vom 14.10.1990 null und nichtig.

Gemäß **Art. 133 GG** hat es auch niemals irgendwelche Bundesländer gegeben, es waren zu Verwaltende Wirtschaftsgebiete.

4. - BVerfGE 1 BvR 1677/15 vom 03.11.2015

Die Bundesländer sind dem Grundgesetz 1990 nicht beigetreten, somit handeln die Bundesländer als auch alle Ämter und Behörden illegal und kriminell, kein Bundesland, kein Amt und keine Behörde ist Grundrecht befugt! – **Grundrecht = öffentliche Ordnung** –

Somit sind kein Bundesland, kein Amt und keine Behörde, berechtigt, **öffentliches Recht zu vertreten!**

Alle sind dem **Rundfunk- Staatsvertrag** beigetreten, der bereits mit dem Urteil vom **25.07.2012** durch das Bundes- Verfassungsgericht für **null und nichtig erklärt wurde**. Somit haften die Landkreise (Landräte) als Mieter der militärischen Mitarbeiter der **Constellis AG, die unter der Wortmarke POLIZEI** auf deutschem Boden illegal agieren, für jeden Überfall und deren Folgen!

5. - Die Bundesgebiete wurden am **24 April 1991** rückwirkend zum **23.09.1990** aufgelöst!
Bundes- Verfassungsgericht **BvR 1341/90**

6. - 23. Mai 1949 – Rechtsnachfolge. – Vereinigtes Wirtschaftsgebiet.
Grundgesetz Artikel 133, der BUND tritt in die Rechte und Pflichten der **Verwaltung** des Vereinigten Wirtschaftsgebietes ein.
Die Wirtschaftsgebiete wurden dann als Bundesländer benannt.
Verwaltung, nicht Staat, nicht Gesetzgeber, keine hoheitlichen Rechte und Befugnisse.

7. – Urteil des BVerfGE 1 BvR 1677/15 vom 03.11.2015:

Die Grundrechtsfähigkeit einer juristischen Person des öffentlichen Rechts ist grundsätzlich dann zu verneinen, wenn diese öffentlichen Aufgaben wahrnehmen!

Gleiches gilt für juristische Personen des Privatrechts, die von der öffentlichen Hand gehalten oder beherrscht werden.

Die BRiD-Gerichte, sonstige Beamte und Mitarbeiter sind allesamt nicht grundrechtlich und somit auch nicht prozessfähig.

Eine juristische Person ohne jegliches Grundrecht **ist nicht** grundbuch-, recht-, geschäfts-, handlungs-, delikt-, insolvenz-, vertrag- **oder** prozessfähig, **sondern ausnahmslos nur schuldfähig!**

Die Bedeutung dieses Urteils ist enorm:

Die Bundesrepublik Deutschland (Finanzagentur GmbH) ist eine private NGO (engl.) = Nicht- Regierungs- Organisation, gegründet und angemeldet in Washington DC – USA – somit eine fremde US- Corporation, die unter Lizenz der UNO und der IRS, die jur. Personen in der Fiktion (Erdichtung) Deutschland verwaltet.

Sie verwalten also nicht die lebenden Deutschen / Preußen, sondern nur selbst erfundene jur. Personen (Fiktionen) mit gleichem Namen, in der Fiktion Deutschland.

Somit kann die BRD auch nur die Fiktion von z. B. MUSTERMANN, MAX beamten, also lediglich den Akteneintrag mit dem Namen der jur. Person in Großschreibung.

(Zur Verdeutlichung, eine GmbH ist so eine jur. Person, physisch nicht existent.)

Der lebende Mensch, **max** aus der Familie **mustermann** ohne den gar nichts möglich ist, glaubt jetzt, er wäre ein staatlicher Beamter und handelt dementsprechend.

Ein fataler Fehler:

Dieser lebende Mensch, max aus der Familie mustermann ist nicht berechtigt für die beamtete Fiktion in irgendeiner Form zu handeln, ihm wurde keine Prokura dazu erteilt! Somit haftet er für jeden von ihm erlassenen Verwaltungsakt persönlich und privat.

8. – Mit der Jurisdiktion hat sich die Kirche schon hundsgemeine Tricks einfallen lassen. Das bestätigt auch die Erklärung des Niedersächsischen Justizministeriums dazu: Die Länder sind dem Grundgesetz und dem Völkerrecht nicht beigetreten. Gemäß der Erklärung des **Nds. Justizministeriums** in (Dokument 1001 I-202.45) vom **19.01.2017** n.Chr. wird in der Jurisdiktion

- **Rechtsprechung ohne Rechtsfähigkeit,**
 - **Prozesse ohne Prozessfähigkeit,**
 - **Klagen ohne Klageberechtigung und Klagebefugnis,**
 - **Schäden ohne Haftbarkeit mit anonymer UN-Verantwortung fingiert und**
 - **Völkerrecht ohne Zuständigkeit gegen die Verfassungsordnung verleumdet.**
- Diese Handlungen sind strafbar.**

9. - Bundesländer haben keine Grundrechtberechtigung.

Gemäß Bundesverfassungsgericht in **BVerfGE 1 BvR 1766/2015** besitzt das Land SCHLESWIG-HOLSTEIN keine Grundrechtsbefugnis und keine Grundrechtberechtigung. Somit verfügt kein sog. Bundesland über irgendwelche Grundrechtberechtigungen oder Grundrechtsbefugnisse.

Keines der sogenannten Bundesländer ist am 14.10.1990 dem Grundgesetz beigetreten. Somit können weder Berechtigungen noch Befugnisse zum GG vorhanden sein.

Die sog. Bundesländer sind einem **nicht existenten** Rundfunk- Staatsvertrag beigetreten. (Hier handelt es sich um das private Grundgesetz der **BRiD** ohne Rechte und Befugnisse)

Die BRiD hat seit dem 18.07.1990 keinen Verwaltungsauftrag der Alliierten mehr.

§ 5 Telemediengesetz und § 55 Abs. 1 des Staatsvertrages über Rundfunk und Telemedien (Rundfunkstaatsvertrag - RStV):

Diese Tatsache wird auch bestätigt in der Feststellung des juristischen Bundesverfassungsgerichtes, denn in der öffentlichen Verfassung Ordnung gilt in BVerfGE 1 BvR 1766/2015

juristische Personen im öffentlichen Recht (GR) haben keine Grundrechtberechtigung, sondern sind Grundrecht verpflichtet, wenn sie öffentliche Aufgaben wahrnehmen (Grundrecht = öffentliche Ordnung).

Für juristische Personen des öffentlichen Rechts gelten die Grundrechte grundsätzlich nicht.

Juristische Personen des privaten Recht haben keine Grundrechtberechtigung, wenn sie von der öffentlichen Hand gehalten oder beherrscht werden, denn nach der **Konfusion – und Durchscheinargumentation können Fiktionsfiktionfiguren gemäß morituri te salutant** gemäß acta iure imperii (Recht) ohne ius gentium (ohne Transzendenzbezug) in ultra vires (Öffentlichkeit) nicht Grundrecht verpflichtet und gleichzeitig Grundrecht berechtigt sein oder - mehr Rechte übertragen als sie selbst besitzen.

10. – Hinzu kommt, jedes sogenannte Bundesland, jede sogenannte Staatskanzlei, jedes sogenannte Ministerium ist als private US- Corporation in den internationalen Firmenauskünften zu finden.

Es sind US Corporations, (GmbHs) die weder eine Handelsberechtigung noch irgendeine Gewerbeerlaubnis auf deutschen Boden haben, die Unternehmen sind ausschließlich nur in Delaware USA als Corporation (GmbH) angemeldet.

Mehr dazu im Abspann.

Auch hier handelt es sich ausschließlich nur um Hochverrat, Kollaboration mit dem Feind und Plünderungen der Deutschen Völker.

Auch hier ist klar ersichtlich, dass es keine Bundesländer gibt,
nie gegeben hat, es waren Wirtschaftsgebiete die aufgelöst wurden!

Kapitel C. – Der Beamten- Status und die Rechte der Behörden:

1. – 1944 - Eisenhower zum Beamtentum seit 1933.

Beamte sind seit 1933 keine Menschen.

Beamte sind **rechtlose N S D A P – Rechtsverbrecher. (SPD enthalten)**

2. - 1946 SHAEF – Gesetz.

Beamte besitzen den Gelben Schein;

Beamte sind **Kriegsverbrecher** der Kategorie I und II.

Das ist sogar eine Tatsache, der Gelbe Schein zeichnet noch heute die Kriegsverbrecher als solche aus.

Zwar nicht im Sinne der sogenannten Alliierten, sondern im Sinne des Deutschen Reiches 1871 und Preußens.

Adolf Hitler hat einen privaten Krieg geführt, an dem Preußen und das Deutsche Reich 1871 unter Waffenstillstand nicht teilgenommen haben.

Hitler hatte niemals die Rechte dazu, für **Preußen** und das **Reich 1871** zu handeln!

3. – 1952 BVerfG. 1 BvR 147 / 1952

Beamte sind mit **EstA-** Urkunde ausgezeichnete **Reichsbürger ohne Hoheitsrechte.**

**4. - 1952- 1958 - BVerfGE - Bundes- Verfassungsgericht zum Beamten- Status:
In Deutschland gibt es seit dem 08. Mai 1945 keine Beamten mehr!**

Siehe BVerfG Aktenzeichen 1 BvR 147/52 vom 17.12.1953

Am **17.12.1953 (BvR 147/52)** wurde eindeutig gesagt:

Alle Beamtenverhältnisse sind am 08.05.1945 erloschen.

Fundstellen: BVerfGE 3,58; DVBI 1954,86; DÖV 1954,53; JZ 1954,76; MDR 1954,88; NJW 1954,21 Verweis auf: **BVerfG-Urteil 2 BvF 1/73.**

Dauerhafte Übertragung hoheitlicher Befugnisse auf NICHT-Beamte ist nach Urteil BVerfG, 27.04.1959 - 2BvF2/58 verfassungswidrig.

Eine **Bestallungsurkunde** kann ebenfalls niemand vorweisen, geschweige denn eine Tätigkeitsgenehmigung nach **Militärgesetz Nummer 2, Artikel V .9** der alliierten Militärregierung.

5. - BVerfG -Urteils 2BvF2/58 vom 27.04.1959

OLG München, Beschluss vom **05.02.2013, 9 VA 17/12**

Wenn jemand hoheitliche Aufgaben vornehmen will, ist ein AMTS-ausweis unabdingbar und zwingend erforderlich. Dauerhafte Übertragung hoheitlicher Befugnisse auf NICHT-Beamte ist entsprechend des

BVerfG-Urteils 2BvF2/58 vom 27.04.1959 verfassungswidrig!

In Deutschland gibt es seit dem 08. Mai 1945 keine Beamten mehr!

Siehe BVerfG Aktenzeichen **1 BvR 147/52 vom 17.12.1953**

6. – Jedes sogenannte Amt und jede sogenannte Behörde ist bei den Internationalen Firmenauskünften wie Kompagnie / **UPIK** usw... eingetragen, auch die sogenannten Bundesländer, Ministerien, Städte, Gemeinden, Gerichte, Staatsanwaltschaften usw... einfach alle sind dort zu finden.

Dort dürfen nur rein private Unternehmen eingetragen werden, die keinen staatlichen / amtlichen Hintergrund haben oder sonst in irgendeiner Form hoheitliche Tätigkeiten ausüben.

Alle diese Unternehmen sind auch nur im Kunststaat Delaware USA, dem Steuerparadies AMERIKAS angemeldet und registriert.

Somit sind das alles US- Corporationen. (GmbHs)

Nicht eines dieser privaten US- Unternehmen hat einen Eintrag im deutschen Handelsregister oder verfügt über eine Gewerbeerlaubnis auf deutschem Boden.

Erst seit 1993, nachdem die 4stelligen Postleitzahlen auf 5stellige Kriegspostleitzahlen umgestellt worden sind, verfügen diese 1990 gegründeten Unternehmen erst über eine Postanschrift und ein Postfach auf der Hauptpost.

Die Hausanschriften dieser Unternehmen sind staatsrechtlich nicht einmal existent.

Wie könnten Mitarbeiter von privaten US- Unternehmen irgendwelche hoheitlichen Tätigkeiten ausüben dürfen, wie könnten dies deutsche staatliche Beamte mit staatlichen Rechten und Befugnissen sein?

**Siehe hierzu die Kapitel A und B
und auch Kapitel E, ab Abs. 7.**

Jeder Verwaltungsakt, jede Forderung, jede Zwangsmaßnahme steht unter privater Haftung.

7. – Da es bis zum heutigen Tag nicht einmal für den 1 Weltkrieg Friedensverträge gibt, steht das gesamte Gebiet Preußens und der Bundesstaaten bis zum heutigen Tag unter Notstand und Kriegsrecht.

Unter Kriegsrecht wird der Staat eingefroren und nur noch militärisch verwaltet.

Das Militär ist nicht befugt, Beamte zu ernennen, es kann auch keine neue Verfassung gewählt werden und es können keine neuen Staaten gegründet werden.

Allein aus diesen Gründen schon kann dieses Staatsgebiet keinen neuen Namen tragen, es ist bis zu den Friedensverträgen, Preußen und das Deutsche Reich 1871 mit seinen Bundesstaaten.

Es gibt keine Beamte auf unseren Grund und Boden!

Und private US- Corporationen haben nicht einmal das Recht auf deutschen Boden irgendwelche Geschäfts- Tätigkeiten auszuüben.

Es sind Geschäfte, nur Geschäfte auf Betrugs- Basis, nichts anderes!

Wer braucht das noch deutlicher, noch offensichtlicher?

Kapitel D. – Die Bundes- Bereinigungsgesetze:

1. – **Das 1. Gesetz zur Bereinigung von Bundesrecht im Geschäftsbereich** des Bundes- Justizministeriums vom **19. April 2006 - BGBl. I, S. 866** wurde am 24 April 2006 mit Ausgabe des Bundesgesetzblattes Nr. 18 - 2006 bekanntgegeben worden und trat am **25 April 2006 in Kraft.**

Aufgehoben und verboten für die BRD wurden z. B. das BGB, - das StGB, die ZPO, die **StPO**, das **GVG**, das **FamFG**, das **StVollzG** und viele mehr.

Allen Gesetzen wurde der Geltungsbereich entzogen wodurch alle Gesetze null und nichtig sind.

2. - 2007. - Das **2. Gesetz zur Bereinigung von Bundesrecht** wurde am **23 November 2007** - BGBl. I, S. 2614 Nr. 59 ausgegeben zu Bonn und trat am 29 November 2007 in Kraft.
Aufgehoben und verboten wurden die **AO** (Abgabenordnung) das **UstG**, das **EstG**, die **FGO** und auch das **OWiG**, sowie viele weitere Gesetze.

3. - 3. Bundes- Bereinigungsgesetz 2010 Bundesgesetzblatt Jahrgang 2010 Teil I Nr. 63, ausgegeben zu Bonn am 14. Dezember 2010.
Hiermit wurden alle restlichen, der in Anwendung befindlichen Deutschen Gesetze, auf die die Bundesrepublik Deutschland als private US- Verwaltung keinen zugriff ausüben durfte, entzogen und verboten.

4. – Mit dem Bundes- Bereinigungsgesetz 2007, Artikel 3, wurde auch das Selbstermächtigungsgesetz von Adolf Hitler, zur Ermächtigung, zum Erlass von Gesetzen, aufgehoben und verboten.
Das bedeutet:
Alle Gesetzgebungen der Bundesrepublik Deutschland, die nach dem **29 November 2007** erlassen worden sind, **haben keinerlei Geltung!**
Die Bundesrepublik Deutschland sowie die Bundesländer mit ihren Ämtern- und Behörden, wurden völlig handlungsunfähig gestellt.

5. – Artikel 108 Aufhebung des Gesetzes über die Sozialversicherung (**BBRG 2010**) (VIII-25, VIII-34, VIII-35, X-33, X-35, X-2, X-5)
Das Gesetz über die Sozialversicherung vom 28. Juni 1990 (GBl. I Nr. 38 S. 486), das zuletzt durch das Gesetz vom 25. Juli 1991 (BGBl. I S. 1606) geändert worden ist, wird aufgehoben.

6. – Mit dem Bundes- Bereinigungsgesetz 2007 Artikel 4 § 3, wurde das Besatzungsrecht aufgehoben.
Die Aufhebung des Besatzungsrechts durch Aufhebung bedeutet, das Besatzungsrecht ist wieder aktiv. (Aufhebung der Aufhebung)
Das hat nichts mit der Bevölkerung zu tun, die war nie, zu keiner Zeit einer Besatzung unterworfen, **mehr dazu im Abspann.**

7. – Es gibt nicht ein einziges Gesetz, auf das diese kriminellen Ämter- und Behörden zugreifen könnten bzw. dürfen.

Kapitel E. – Gerichte und Staatsanwaltschaften:

1. – 1947 Tillesen Urteil vom 06.01.1947.

Deutsche Gerichte dürfen N S D A P – Statuten (05.03.1933 – 08.05.1945) nicht anwenden.
Tun die BAR- Gerichte aber trotz Verbot, Beuge / Erzwingungshaft sind z. B. alte Nazi- Gesetzgebungen.

2. - „Die vom Tribunal Général geltend gemachten rechtlichen und tatsächlichen Entscheidungsgründe sind für alle deutschen Gerichte und Verwaltungsinstanzen bindend.“

3. – Es geht grundsätzlich nur um Treuhandbetrug, zu einer Treuhand gehört aber auch ein **Staat, S. EGBGB** (Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch) **Artikel 10**, der Name gehört dem Staat!

Die Frage ist hier, welchem Staat, welcher Staat hat den Gerichten die Vertretung des öffentlichen Rechts übertragen??? – Den gibt es nicht!!! -

4. - Der Staat will aber auch der Begünstigte sein, obwohl wir das eigentlich sind.

Dazu setzt er den Trick ein, indem er den Menschen dem Strohmann gleichsetzt.

Aus dem CQV-Trust wurde im Zuge des Bankrotts der Crown Corporation 1814/1815 durch die Übernahme europäischer Banken der private, geheime und internationale „Foreign Situs Trust“.

Und schon wieder ist die Rede von einem Staat, **welcher Staat ist das???**

5. – BVerfGE 1 BvR 1677/15 vom 03.11.2015

Die BRiD-Gerichte, sonstige Beamte und Mitarbeiter sind allesamt nicht grundrechtetfähig und somit auch nicht prozessfähig.

Eine juristische Person ohne jegliches Grundrecht **ist nicht** grundbuch-, recht-, geschäfts-, handlungs-, delikt-, insolvenz-, vertrag- **oder** prozessfähig, **sondern ausnahmslos nur schuldfähig!**

Nicht der Richter/in, die natürliche Person ist beamteter Richter/in, nur der Akteneintrag zur jur. Person, die sogenannte tote Sache wurde als Richter beamtet.

6. – Aufgrund der Bundes- Bereinigungsgesetze **2006**, 2007 und 2010, vor allem 2006,

Siehe hier Kapitel – **D.** – dürfen die Richter und Staatsanwälte nicht einmal mehr auf Deutsche Gesetzesgrundlagen zugreifen, diese zitieren oder gar anwenden!

7. - Erklärung des Niedersächsischen Justizministers hierzu:

Die Länder sind dem Grundgesetz und dem Völkerrecht nicht beigetreten.

Gemäß der Erklärung des **Nds. Justizministeriums** in (Dokument 1001 I-202.45) vom **19.01.2017** n.Chr. wird in der Jurisdiktion

- Rechtsprechung ohne Rechtsfähigkeit,
- Prozesse ohne Prozessfähigkeit,
- Klagen ohne Klageberechtigung und Klagebefugnis,
- Schäden ohne Haftbarkeit mit anonymer UN-Verantwortung fingiert und
- Völkerrecht ohne Zuständigkeit gegen die Verfassungsordnung verleumdet.

Diese Handlungen sind strafbar.

8. – Diese privaten Richter- Darsteller sind nichts anderes als Gewohnheitskriminelle, sie unterstehen keinem Staat, keinem Gesetz, keiner Verfassung, sie unterstehen lediglich nur der BAR- Association (**British Accreditation Registry**) die **1913** von dem Bankier **Rothschild** gegründet wurde um die kriminellen Rechtsgeschäfte der Banken zu schützen. Auch werden die Richter und Staatsanwälte von den Banken bezahlt!

9. – Aufgrund der **fehlenden Staatlichkeit**, die es seit „**1956**“ nicht mehr gibt, tatsächlich schon seit dem **29 Oktober 1918** nicht mehr gibt, unterschreiben diese privaten BAR- Richter auch ihre Urteile, Beschlüsse, Strafbefehle, Haftbefehle usw... nicht mehr. Sie wollen sich damit der Haftung entziehen und lassen die ausführenden ihrer kriminellen Machenschaften damit in die volle Haftung gehen.

Es wird zwar behauptet, in der Gerichtsakte liegt das unterschriebene Dokument, was aber gelogen ist, aber selbst, wenn das so wäre, aufgrund der fehlenden Staatlichkeit ist so ein Dokument null und nichtig, es kann niemals ohne Staat und der Vertretung des öffentlichen Rechts, irgendeine Rechtskraft entfalten.

10. – Das Problem dieser BAR- Richter ist aber, um einen Prozess zu eröffnen müssen sie als Privatperson vor ihre beamtete jur. Person treten und die Geschäftsführung übernehmen. Das wäre dann eine **Geschäftsführung ohne Auftrag**, da die Privatperson keine Zeichnungsberechtigung (**Prokura**) für ihre beamtete, jur. Person hat. Eine optische Identifizierung reicht völlig aus für die volle Haftung.

11. – Die **privaten BAR- Gerichte** wenden grundsätzlich das **UCC** = See- Handelsrecht für ihre privaten Rechtsbetrügereien an, das UCC war und ist gemäß **HGB 1897** auf deutschem Boden für die Anwendung aber verboten worden. Bereits **2011** hat der **Papst** das **röm. Recht**, dem das UCC unterliegt mit der Romanus Pontifex weltweit aufgehoben und das röm Recht beendet. Seitdem ist auch die **jur.**, und die **natürliche Person** beendet worden, es gibt sie nicht mehr.

12. – Auf deutschem Boden gab es diese jur. PERSON ohnehin nicht!
1987 BVerfG. 77, 137: Das deutsche Volk ist seit dem **16.04.1871** Träger des Selbstbestimmungsrechts.
Somit ist jeder Trickbetrug dieser **Gewohnheitskriminellen** ein Kriegsverbrechen!

13. – Das in der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich nur das UCC zur Anwendung kommt, hat der kriminelle Söldner- General Eisenhower im Namen der Haupt- Siegermacht USA angeordnet.
Wer oder was ist diese Hauptsiegermacht in Washington DC?
Eine private, kriminelle Firma, selbst das amerikanische Rechtswörterbuch kennt keine Hauptstadt mit der Bezeichnung Washington DC, Washington DC hat nur das Ansehen einer Hauptstadt, ohne eine zu sein!
Die tatsächliche Hauptstadt amerikas ist Philadelphia in Pennsylvania.

14. – Washington DC, ein mini Vatikanstaat in dem die Khasarische Bankenmafia haust und ihr Unwesen treibt, konnte und durfte ausschließlich nur die See- Handelsrechtliche Firma **3. Reich Adolf Hitler**, die über kein Staatsgebiet, kein Staatsvolk, über keine hoheitlichen Rechte und Befugnisse verfügte besetzen, niemals aber den Grund und Boden Preußens und dessen Provinzen, die sich Bundesstaaten nannten.
Warum hat Hitler 1933 den Kaiser wohl um die Rechtsnachfolge gebeten?
Der Kaiser hat die Bitte abgelehnt!
Deutscher Boden war nie besetzt, deshalb ist alles seit dem 29 Oktober 1918 null und nichtig, somit ist jedes Gericht, jede Staatsanwaltschaft eine Verbrecher- Organisation.

15. – Jede Firma Gericht ist in den internationalen Firmenauskünften wie z. B. U-P-I-K als US- Corporation (GmbH) aufzufinden.
Es gibt keinen Staat Siehe Kapitel A + B, der ihnen eine Gewerbeerlaubnis auf deutschen Boden erteilen könnte, als US- Corporation dürfen diese illegalen Unternehmen ohnehin kein öffentliches Recht ausüben, kein Staat könnte ihnen öffentliches Recht als privates US- Unternehmen auf fremdes Staatsgebiet übertragen.

Es sind tatsächlich nur kriminelle US- Organisationen.

Kapitel **F.** – Finanzämter:

1. – Kein Recht auf Steuern!!!

BVerfGE: GZ.: 55 274 / 301 Deutschland ist besetzt, Grundgesetz Art. 65 – 120 – 127 – 133 – 137 – 146.

Der deutsche Steuerzahler* zahlt an den Bund und der Bund trägt die Aufwendungen für Besatzungskosten und die sonstigen inneren und äußeren Kriegsfolgelasten.

***Es gibt kein gültiges BRD - Steuergesetz in Deutschland: BRD - OMF - BRDDR, das sind alles Schenkungssteuern, an eine private Handelsfirma nach Handelsrecht! Danach haben wir es seit Jahrzehnten nur mit Raub, Plünderung und Betrug zu tun. Siehe dazu auch den Zeitungsartikel im Anhang!**

2. – Mit den Bundes- Bereinigungsgesetzen 2007 wurden alle Steuergesetze entzogen und verboten, - S. **Kap. D Abs. 2**, - auch das Selbstermächtigungsgesetz Adolf Hitler, zum Erlass von Gesetzen wurde ihnen - S. **Kap. D Abs. 4**, - wurde ihnen entzogen und verboten.

3. – Durch das Tillesen- Urteil von 1947 ist es verboten, Nazi- Gesetzgebung von Adolf Hitler anzuwenden, fast alle Steuer- Gesetzgebungen entstammen Adolf Hitler.

4. – Steuern dürfen nur von einem Staat, unter einer vom Volk gegebenen Verfassung erhoben und eingezogen werden.

Wo ist dieser Staat? – Siehe Kapitel **A + B**, den gibt es nicht, hat es nie gegeben! Wann haben die Deutschen für die Bundesrepublik Deutschland eine Verfassung gewählt? Bis 1990 war das nicht der Fall, nach 1990 (Aufhebung des Grundgesetzes) gab es die Staats- Simulation Bundesrepublik Deutschland nicht mehr! – **S. Artikel 146 GG** - Ein Grundgesetz ist keine Verfassung, das GG war ein privates Wirtschaftsabkommen der Alliierten um sich zu bereichern, eine private Dienstvorschrift für die BRD und deren private Mitarbeiter zum Haftungsausschluss. Eine 1945 gegründete, private Wirtschaftsverwaltung (Potsdamer Abkommen) **S. Artikel 133 GG** hat zu verwalten und keinerlei Hoheitliche Rechte und Befugnisse. Die konnten ihnen auch von den Alliierten niemals verliehen werden!

5. – Bei der **Abgabenordnung** von 1977 – **AO 77** handelte es sich ohnehin um ein schon **1947** durch Kontrollratsgesetz verbotenes Gesetz vom **16.10.1934**. Im Übrigen war der **§ 415 – Inkrafttretung** nie in Kraft gesetzt worden. Eine Ordnung ohne jegliche Gesetzeskraft.

Auch das **Einkommensteuergesetz / Lohnsteuer** wurde bereits **1947** durch Kontrollratsgesetz verboten, ein Gesetz vom **16.10.1934**.

Ebenso das **Gewerbsteuergesetz – GewStG.** – vom **01.12.1936** ist schon **1947** durch Kontrollratsgesetz der Alliierten verboten worden.

Das **Umsatzsteuergesetz** wurde von der **VERWALTUNG** der **BRD** eingeführt.

Mit Urteil des **BVerfGE**. vom **25.07.2012** –
2 BvF 3/11, 2 BvR 2670/11, 2 BvE 9/11 hätte das Gesetz, selbst wenn es jemals ein Gesetz gewesen wäre, seine Gültigkeit verloren.

6. – 23 November 2007 - BGBl. I, S. 2614 Nr. 59

wurden mit den Bundes- Bereinigungsgesetzen die
Abgaben- Ordnung 1977, (**AO 77**)
das **Umsatzsteuergesetz**, (**UstG**)
das **Einkommensteuergesetz**, (**EStG**)
die **Finanzgerichts- Ordnung**, (**FGO**)
das **Ordnungswidrigkeiten Gesetz**, (**OWiG**)
und weitere mit Rechtskraft vom
30 November 2007 aufgehoben, verboten und gelöscht.

7. – Obwohl die **AO 2007 gelöscht und verboten wurde**, hat man diese einfach durch
„**Gesetz**“ am **21.12.2019** geändert, die Inkrafttretung war der **01.01.2020**.
<https://dejure.org/gesetze/AO/249.html> - Sogar alles mit Bundes- Gesetzblättern.
Erlassen von einer – **Bundesregierung** – und einem - **Deutschen Bundestag** – die es lt.
Urteil BVerfG. vom 25.07.2012, nie gegeben hat.

Siehe Kapitel A – Absätze 1 – 2 – 6 - 7

8. – Das sind alles sogenannte Gesetze, die niemals irgendeine Rechtskraft hatten und auch niemals rechtskonform nach **§ 126 BGB** mit Vor- und Zunamen unterschrieben worden sind.

Alles strafbare Täuschungen im Rechtsverkehr!!

Wer sollte die auch unterschreiben, eine Verwaltung die 1990 aufgelöst wurde?

9. – Eingesetzt wurden die Finanzämter von dem I R S.

Der **IRS** (Internal Revenue Service)
behauptet, ein Büro des **US- Finanzministeriums** zu sein.

Titel 31, Kapitel 3, Unterkapitel I und II des offiziellen Kodex der Vereinigten Staaten erkennen den IRS jedoch nicht als offizielles Büro an.

Der Kongress hat nie Gesetzesentwürfe, Gesetze oder Gesetze verabschiedet, die den IRS offiziell als juristische Person anerkennen, die im föderalen System der Vereinigten Staaten tätig ist.

Somit ist ihr Mutterkonzern, der private I R S ein privates US- Unternehmen.

Der **IRS** wurde am **13.07.1933** in Delaware als „**For Profit Organisation**“ gegründet.
Der IRS verwaltet mehrere Treuhandfonds in Zusammenarbeit mit den Finanzministerien der Philippinen und Puerto Ricos.

Der IRS hat keine rechtliche Zuständigkeit für einen der 50 Staaten.

Sie bezahlen die Regierung nicht direkt.

Wir bezahlen ein internationales Verbrechersyndikat, das wiederum einen Teil der Einnahmen an die Regierung zahlt.

Gegründet 1913 von Rothschild und der Khasarischen Bankenmafia!!!

1933 dann, als die Banken alle pleite waren, wurde im **künstlichen Staat Delaware**, Eigentümer ist die **Familie DuPont** (Khasaren-Juden) die **For Profit Organisation IRS als Mutter aller Finanzämter gegründet!**

Der IRS ist ein **privater Treuhandverwalter** ohne hoheitliche Rechte und Befugnisse.

Somit kann weder der IRS noch irgendein Tochterunternehmen des IRS in irgendeiner Form, ein Amt oder eine Behörde des öffentlichen Rechts sein.

Somit ergibt der **§ 6 Absatz 2 in den Geschäftsbedingungen der Finanzämter**, dass **alle Zahlungen** als **Schenkungen an die BRdV** verbucht werden, auch einen Sinn.

10. – Zu ihren Rechten und Befugnissen stellt sich schon die Frage, wer hat ihrer US- Corporation Finanzamt die Vertretung des öffentlichen Rechts übertragen?

Ihre US- Corporation (GmbH) ist ausschließlich nur im **US- Steuerparadies Delaware, Länderkennung – DE** – angemeldet und registriert!

Siehe hierzu die Kapitel B + C.

11. – **Jedes „Finanzamt“ ist privat!**

Jedes sogenannte Amt und jede sogenannte Behörde ist bei den Internationalen Firmenauskünften wie Kompagnie / **UPIK** usw... eingetragen, auch die sogenannten Bundesländer, Ministerien, Städte, Gemeinden, Gerichte, Staatsanwaltschaften usw... einfach alle sind dort zu finden.

Dort dürfen nur rein private Unternehmen eingetragen werden, die keinen staatlichen / amtlichen Hintergrund haben oder sonst in irgendeiner Form hoheitliche Tätigkeiten ausüben.

Alle diese Unternehmen sind auch nur im Kunststaat Delaware USA, dem Steuerparadies AMERIKAS angemeldet und registriert.

Somit sind das alles private US- Corporationen. (GmbHs)

Nicht eines dieser privaten US- Unternehmen hat einen Eintrag im deutschen Handelsregister oder verfügt über eine Gewerbeurteilung auf deutschem Boden.

Erst seit 1993, nachdem die 4stelligen Postleitzahlen auf 5stellige Kriegspostleitzahlen umgestellt worden sind, verfügen diese 1990 gegründeten Unternehmen erst über eine Postanschrift und ein Postfach auf der Hauptpost.

Die Hausanschriften dieser Unternehmen sind staatsrechtlich nicht einmal existent.

Wie könnten Mitarbeiter von privaten US- Unternehmen irgendwelche hoheitlichen Tätigkeiten ausüben dürfen, wie könnten dies deutsche staatliche Beamte mit staatlichen Rechten und Befugnissen sein?

12. – **Es gibt keinen Staat Siehe Kapitel A + B**, der ihnen eine Gewerbeurteilung auf deutschen Boden erteilen könnte, als US- Corporation dürfen diese illegalen Unternehmen ohnehin kein öffentliches Recht ausüben, kein Staat könnte oder dürfte ihnen öffentliches Recht als privates US- Unternehmen auf fremdes Staatsgebiet übertragen.

Es sind tatsächlich nur kriminelle US- Organisationen.

Siehe hierzu auch Kapitel C – Absatz 6.

13. – Zwangsmaßnahmen wie Pfändungen, Kontopfändungen, Enteignungen haben keinerlei Rechtskraft und können nur privat, unter privater Voll- Haftung, kriminell durchgeführt werden.

14. – Daran ändert auch das **Amtshilferichtlinie und Umsetzungsgesetz**, welches, extra dafür gebastelt wurde nicht aus. (**AmtshilfeRLUmG**) vom 26.06.2013 (**BGBI I S. 1809**) in **Kraft getreten am 30.06.2013**.

Sogar eine „**Gesetzesbegründung**“ ist verfügbar!!!

Was für eine Gesetzesbegründung sollte das sein, wenn es nicht einmal einen Staat gibt.

15. – Verstöße gegen die Gültige HLKO- Artikel 46 + 47.
das Privateigentum darf nicht eingezogen werden.

16. – Weitere Gesetzesverstöße:

Menschenhandel, **§ 232 StGB**

Obligationsbetrug, **§ 263 StGB**

Personenstands Fältschung **§ 169 StGB**

Rechtsbeugung **§ 339 StGB**

Täuschung im Rechtsverkehr **§ 270 StGB**

Bildung krimineller Vereinigungen **§ 129 StGB**

Amtsanmaßung **§ 132 StGB**

Betrug / Identitätsbetrug **263 StGB**

Hochverrat **§ 82 StGB**

Sowie Verstöße / Missachtungen gegen:

Tillessen Urteil, / Genfer Abkommen, / Völkerrecht, / S.H.A.E.F. Gesetze, / S.M.A.D. Gesetzgebung, / HLKO, / Reichsrecht, / Kriegerrecht u. v. m.

**Wir haben es hier mit gewerbsmäßig organisierter Bandenkriminalität zu tun!
Es sind Hochverräter am eigenen Volk und Kriegsverbrecher!**

17. – Auch hier läuft derselbe Trick wie bei allen Anderen auch, sie selbst sind die Schöpfer des Namens z. B. Herr Max Mustermann / Mustermann Max usw...

Mit dieser Anschreibweise erschaffen (emittieren) sie auf ihren Anschreiben ein Wertpapier, im Grunde genommen schreiben sie sich selbst an bzw. die von ihnen selbst erschaffene Person, die im Treuhandsystem nicht existiert.

Reagiert man jetzt falsch darauf, wird eine **Einlassung behauptet**, die es gar nicht geben kann, ein privates US- Unternehmen ohne Hoheitsrechte und ohne Gewerbeerlaubnis kann behaupten was es will, nichts ist irgendwie rechtsgültig, nicht einmal geltend.

Reagiert man gar nicht, wird eine **konkludente Annahme** behauptet, genauso rechtsungültig wie eine angebliche Einlassung.

Schreibt man sie richtig an, z. B.

Sehr verehrt Herr Max Mustermann, als Schöpfer dieser jur. Person sind sie verehrter Mitarbeiter Müller von der US- Corporation Finanzamt Hamburg, der Inhaber und Vertreter dieser Person.

Die von ihnen gestellte Steuerforderung hat mit mir, max: m u s t e r m a n n nichts zu tun, deshalb sende ich ihnen ihr Schreiben entwertet zurück.

Dann könnt ihr loslegen Straftatbestände usw...

Dann eure Geschäftsbedingungen usw...

Den großen Fehler den diese Finanzamt- Verbrecher begehen, mit dem Identitätsbetrug Herr Max Mustermann, greifen sie in das Militärrecht / Kriegerrecht ein, was ihnen eines Tages den Besuch der Militär- Polizei beschert wird!

Auch stehen diese kriminellen Angriffe gegen den Personenstand unter unbegrenzter Haftung durch den Anwender!

Da kann ganz schnell eine Haftung in Milliardenhöhe draus werden!

Kapitel G. – Die POLIZEI:

1. – Wie im **Kapitel A.** nachgewiesen wurde, gibt es keinen Staat,
2. – Wie im **Kapitel B.** nachgewiesen wurde, gibt es keine Bundesländer.
3. – Wie im **Kapitel C.** nachgewiesen wurde, gibt es keine Beamten.
4. – Wie im Anhang – Constellis – nachgewiesen wird, handelt es sich ausschließlich nur um militärisch geschulte Söldner der ACADEMI / Constellis AG, einer reinen US- Corporation die ihre militärisch geschulten Söldner vermietet.
Es sind also private Leiharbeiter, die in einen Arbeitsanzug mit der Aufschrift POLIZEI gesteckt werden um ihre Dienste, zu denen man sie gemietet hat, auszuüben.
Der Schriftzug – POLIZEI – zeigt schon deutlich, dass es sich ausschließlich nur um eine private Firma handeln kann, **Din 5007 röm. Recht** besagt eindeutig, nur Firmen, Schiffe und Tote werden in Großbuchstaben geschrieben.
Der Eintrag beim **Bayrischen Patentamt Markenregister - 302437827/DE** bestätigt eindeutig, dass es sich um eine geschützte, registrierte Wort- Marke handelt.
Nach den eingetragenen Dienstleistungen zu dieser Wort- Marke handelt es sich nach der Nizza- Klassifizierung um zusammengefasst, Büroartikel und Schreibwarenhändler.
5. – Hauptmieter dieser militärisch geschulten Söldner ist die jeweilige Firma Bundesland. Untermieter sind die Landkreise durch ihre Landräte, die diese Soldner dann nach Bedarf an die Städte und Gemeinden weitervermieten!
Die Haupt- Haftbarkeit liegt bei den Bundesländern, den Landräten und den Bürgermeistern. Die untergeordnete Haftbarkeit bei den POLIZEI- Präsidenten, den Dienststellen- Leitern sowie bei den Ausführenden Mitarbeitern.
6. – Wie in den Kapiteln **A – B – C** – nachgewiesen wurde, kann niemand diese Leiharbeiter in irgendeiner Form Beamten oder ihnen hoheitliche Rechte und Befugnisse übertragen.
7. – Viele wissen es, die meisten aber eher nicht, die glauben fest daran, einen anständigen Job auszuüben und halten daran fest.
Sie werden missbraucht für schwerste Straftaten, auf die die Todesstrafe steht.
Es gibt bis heute keine Friedensverträge, somit ist der 1. Weltkrieg immer noch aktiv im Waffenstillstand, deshalb sind es Kriegsverbrechen die von der POLIZEI begangen werden.
Angemietet werden sie bei einem Militärdienst Anbieter, (Constellis USA) somit handelt es sich um Söldner eines fremden Landes, dass Deutschen Boden nicht betreten darf.
Völkerrechtlich ist es verbotenes Inland- Militär, unter Kriegsrecht werden sie als feindliche Partisanen betrachtet, die bei Ergreifung erschossen werden dürfen.
8. – Ohne es zu wissen, begehen sie Tagtäglich schwerste Straftaten / Kriegsverbrechen, Sie vollstrecken Haftbefehle, die niemals von einem staatlichen Richter unterschrieben sind, der Grund dafür, es gibt keine staatlichen Richter mit staatlichen Befugnissen.
Sie werden als Inkasso- Unternehmen missbraucht um illegale Geldforderungen einzutreiben, die nichts weiter sind als Schwarzgeld- Erpressungen, die Forderung wurde bereits vom Kollateralvermögen abgebucht und ist bezahlt, es geht nur noch um zusätzliches Schwarzgeld.

Somit sind es Schutzgeld- Erpressungen durch privates Militär = Partisanen.
Unterschrieben sind die Haftbefehle oder Vollstreckungsbefehle niemals von einem Richter oder Richterin, grundsätzlich nur von irgendwelchen Mitarbeitern / Mitarbeiterinnen, die sich als Rechtspfleger/in oder Justiz- Angestellte/r ausgeben.

Ein Beispiel: Müller Justizangestellte **als** Urkundsbeamtin.

Müller ist eine jur. Person, nicht rechts- und geschäftsfähig,
als Urkundsbeamtin, also keine Urkundsbeamtin sie tut nur so!

Nicht umsonst gibt es den **§ 126 BGB**, der genau vorschreibt wie ein Verwaltungsakt unterschrieben sein muss, in der aufgezeigten Form übernimmt niemand die Haftung!

Somit geht die POLIZEI dann mit einem rechtsungültigen Wisch los und treibt Forderungen ein, begeht Menschenrechtsverbrechen, Kriegsverbrechen, kriminelle Verschleppungen, die als Verhaftung behauptet werden usw. usw...

Und die Ausführenden haften privat und persönlich!!!

Die POLIZEI haftet für Kriegsverbrechen als Partisanen!

Auch stehen diese kriminellen Angriffe gegen den Personenstand unter unbegrenzter Haftung durch den Anwender!

Da kann ganz schnell eine Haftung in Milliardenhöhe draus werden!

Kapitel H. – Missbrauch der jur. Person:

1. – Die jur. Person ist röm. Recht, (Seerecht) durch HGB 1897 ist die Anwendung des See-Handelsrecht auf deutschem Boden, verboten.

2. – Die angeblichen Beamten (**S. Kap. C.**) in den angeblichen Ämtern und Behörden wissen, dass es nur eine Schreibweise im Treuhandsystem gibt.

MUSTERMANN MAX (ohne Punkt ohne Komma)

Sie wissen auch, dass sie mit jeder anderen Schreibweise eine neue, fremde jur. Person erschaffen, die nur ihnen selbst als Schöpfer dieser Person gehören kann.

Hier geht es einfach nur um vorsätzlichen Betrug!

3. – **Wie genau funktioniert das jur. PERSONEN- Spiel?**

Die jur. PERSON ist MUSTERMANN MAX

nur diese Person, die nur durch einem Akteneintrag erkennbar ist, **ist beamtet**.

Diese Person ist natürlich weder

grundrechtetfähig und somit auch nicht prozessfähig.

Eine juristische Person ohne jegliches Grundrecht ist nicht grundbuch-, recht-, geschäfts-, handlungs-, delikt-, insolvenz-, vertrag- oder prozessfähig, sondern ausnahmslos nur schuldfähig!

4. – **Die natürliche Person Mustermann, Max** ist dem Menschen im System gleichgesetzt, jedoch rein privat und verfügt weder über irgendwelche Rechte und Befugnisse eines Beamten.

Die natürliche Person hat aber auch **keine Befugnisse** für ihre jur. Person zu handeln, sie ist auch nicht zeichnungsberechtigt, (hat keine Prokura) für die jur. Person.

Wenn jetzt ein Verwaltungsakt ausgeführt werden soll, was in diesem System eine Straftat ist, muss die natürliche Person (**4**) vor ihre jur. Person (**3**) treten um diesen Verwaltungsakt

unter privater, persönlicher und unversicherter Haftung auslösen!

Da die jur. Person (3) zum Auslösen eines Verwaltungsaktes gar nicht befähigt ist, hilft es auch nichts, wenn als Unterschrift nur der NAME – Müller genutzt wird, die jur. Person ist nicht einmal befähigt einen Verwaltungsakt auszulösen oder mit Müller zu unterschreiben. Grundsätzlich haftet die natürliche Person Müller, auch ohne Vornamen.

5. – 1991 (01. Jan) Streichung des § 795 BGB – Staatliche Inhaber Schuldverschreibung.

(1) Im Inland ausgestellte Schuldverschreibungen auf den Inhaber, in denen die Zahlung einer bestimmten Geldsumme versprochen wird, dürfen nur mit staatlicher Genehmigung in den Verkehr gebracht werden, soweit nicht Ausnahmen zugelassen sind.

Das Nähere bestimmt ein Bundesgesetz.

(2) Eine ohne die erforderliche staatliche Genehmigung in den Verkehr gelangte Schuldverschreibung ist nichtig; der Aussteller hat dem Inhaber den durch die Ausgabe verursachten Schaden zu ersetzen.

Sie handeln alle Ultra Vires = ohne Versicherungsschutz und Rechtsgrundlage, was sofort in die private Voll- Haftung führt!

6. – 2007 -- Aufgrund des privaten Status der Unternehmen und der Vortäuschung öffentliches Recht auszuüben kommt es zur **Durchgriffshaftung §§ 105 Abs. 1, § 128 HGB**, sie haften persönlich mit ihrem gesamten Privatvermögen.

Da es sich hier um den Missbrauch der juristischen Person durch privat erzeugte Strohmans-Scheingeschäfte **§ 117 BGB** handelt, führt dies zum „Verlust der Haftungsbeschränkung“.

2007 gab der BGH das zur Durchgriffshaftung führende Konzept des Missbrauchs der Rechtsform auf und begründete die Existenzvernichtungshaftung des Gesellschafters allein mit **§ 826 BGB** als eine besondere Fallgruppe der sittenwidrigen vorsätzlichen Schädigung. Nicht versicherte „Strohmansfiguren“ stehen ausschließlich unter Haftung des jeweiligen Anwenders mit Durchgriffshaftung über dessen Juristische Obligation auf den Inhaber dieser [19/III GG].

7. – Durch ihren Rechtsbetrug mit dem Strohmans Herr / Frau Mustermann Max, greifen sie zusätzlich in das Militärrecht mit ein und machen sich auch dort strafbar.

Der Eingriff in das Personenstandsrecht § 169 BGB führt wie der BGH es schon formulierte in die unbegrenzte Haftung, die in Milliardenhöhe ausfallen kann, was der Existenz-Vernichtungshaftung entspricht.

Unter dem immer noch bestehenden Kriegsrecht (es gibt keine Friedensverträge) ist die Haftung auf 100 Jahre, also Generationsübergreifend beschränkt.

Selbst die Ur- Enkel werden den Schadensersatz noch bezahlen müssen.

Und es passiert zu Recht so, sie wissen was sie tun und sie haben sich für Geld an den Feind verkauft um ihre eigenen Landsleute zu plündern!

Siehe Kap. K – die UNO

8. – Es ist völlig unsinnig zu behaupten, sie hätten im Auftrag ihrer jur. Person oder als ihre jur. Person gehandelt, sie sind nicht einmal befugt irgendetwas für oder im Namen dieser jur. Person auszuführen, eine jur. Person, die nur aus einem Akteneintrag besteht, kann ihnen keine Aufträge oder ihnen Prokura erteilen.

Dazu ist auch das Unsinnige Getue vor Gericht einfach nur lächerlich, wenn alle als jur. PERSON vorgestellt werden, Richter Maier, Staatsanwalt Müller, Rechtsanwalt Schmidt, das ist Kindergarten von erwachsenen, nur die natürliche Person kann einen Prozess eröffnen.

Desgleichen gilt für die Firma POLIZEI,

bitte weisen sie sich aus, ahh, sind sie Herr MUSTERMANN, natürlich nicht, Herr MUSTERMANN ist eine Fiktion, ein Akteneintrag.

Selbst wenn die Frage aus Unwissenheit bejaht wird, haben sie sich schon strafbar gemacht, schon durch die Fragestellung sind sie **Herr MUSTERMANN**.

Das der vor ihnen stehende, lebende, beseelte Mensch kein Herr MUSTERMANN sein kann, sollten sie selbst am besten wissen.

Auch bei ihren kriminellen **Inkassodiensten** zur Geldeintreibung bei einem Strohmännchen mit Namen **Herr** Max Peter Mustermann, Vollstreckung von Haftbefehlen usw... haften sie grundsätzlich immer mit der natürlichen Person für ihre Straftaten.

Wer das kriminelle System nicht versteht, sollte sich darauf auch nicht einlassen!

Kapitel I. – Staatsangehörigkeit

1. – Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland was bedeutet, für die 1945 mit dem Potsdamer Abkommen gegründete Verwaltungseinheit der Alliierten Bundesrepublik Deutschland als Handlungsgrundlage, eine Versicherungsaufgabe zum Umgang mit der Deutschen Zivilbevölkerung.

Natürlich wurden dort auch die kriminellen Fallen eingebaut, um die Zivilbevölkerung, mit der die Verwaltung Bundesrepublik Deutschland nichts zu tun hat, ausgeplündert werden kann.

2. – Das Grundgesetz ist im Grunde genommen nichts weiter als eine wirtschaftliche Vereinbarung unter den Alliierten Siegermächten zur Plünderung der Deutschen Völker. Eine in den USA, in der Firma Washington DC gegründete Verwaltungseinheit der Alliierten wurde als Wirtschaftsverwaltung mit der Absicht, dass diese langsam ein Eigenleben entwickelt und Staat spielt, eingesetzt.

Was auch nur unter Hochverrat der involvierten deutschen Politiker möglich war.

Ganz vorne an gehörte Adenauer dazu!

Die Gebiete des Deutschen Reiches 1871 und Preussens waren nie besetzt, nur die Firmenzentrale des 3. Reiches Adolf Hitler konnte besetzt werden.

Deshalb hat Adenauer dann 1950 über 50.000 ehemalige Nazi- „Beamte“, die nie beamtet werden konnten, in neue, nicht vorhandene Ämter gehoben.

Alles basierte auf Täuschung und Betrug, die Lumpen haben sich dafür fürstlich bezahlen lassen.

3. – Unter Zwang und Täuschung im Rechtsverkehr wurde dann 1954 der PERSONalausweis eingeführt.

Da man die Rechtsträger des Deutschen Reiches 1871 und Preussens nicht einfach so besteuern konnte, wurden sie durch kriminelle Machenschaften gezwungen, einen PERSONalausweis zu beantragen.

Der Trick dabei war, über den **§ 17 HGB** wurde mit dem Antrag eines PERSONalausweises dann ein Kaufahrtschiff (ein Akteneintrag) gegründet und nach **Art. 27 Grundgesetz**, der Flotte der BRD zugeordnet.

4. – Dieses Kaufahrtschiff, die Fiktion, der Akteneintrag als jur. PERSON hat die Staatsangehörigkeit nach Art. 116 Grundgesetz.

Nur über diese Fiktion und der Unterschrift dazu, wurde der Zugriff auf die Kollateralvermögen erst möglich.

Es spielt überhaupt keine Rolle, was in diesem Wirtschaftsvertrag mit der Bezeichnung Grundgesetz steht, die gesamte Basis des GG ist Täuschung und Betrug!

Warum heißt es denn **Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland** und nicht Grundgesetz für die Deutschen Völker???

5. – Alle Mitarbeiter dieser US- Firma Bundesrepublik Deutschland, die sich für einen Job an diese kriminelle Organisation verkauft und einen Eid darauf abgelegt haben, sind ihrer angeborenen Staatsangehörigkeit verlustig gegangen und wurden freiwillig Mitglieder einer kriminellen Organisation, die keine Staatsangehörigkeit vergeben kann.

Niemand muss sich um irgendeine Staatsangehörigkeit kümmern, jeder Deutsche, der auf deutschem Boden, in den Bundesstaaten oder Preußen geboren worden ist, hat die Staatsangehörigkeit nach der Verfassung von 1871.

Eine private Wirtschaftsverwaltung die 1990 aufgelöst und beendet worden ist, kann keine Staatsangehörigkeit vergeben oder bescheinigen!
Auch nicht mit einem gelben Schein, der hat den Wert von einem Stück Klopapier.

Warum hat das Bundes- Verfassungsgericht wohl diese Urteile erlassen?

1983 BVerfG. 2 BvR 315 / 83 und BGH-Urteil

Es ist **verboten** den **Menschen** als **Objekt** / **jur. Person** zu behandeln.

1987 BVerfG. 77, 137:

Das deutsche Volk ist seit dem 16.04.1871 Träger des Selbstbestimmungsrechts.

Hört endlich auf damit, über solchen Unsinn zu diskutieren!

Kapitel J. – Einlassung / Konkludente Annahme.

1. – Um überhaupt eine Einlassung oder konkludente Annahme behaupten zu können, sollten diese Ämter- und Behörden erst einmal ihre staatliche Berechtigung nachweisen. Aufgrund ihres Firmen- Status – **US- Corporation Delaware USA**, haben diese privaten Unternehmen, die hier einen Staat vortäuschen, nicht einmal das Recht irgendeiner Handelschäfte abzuschließen.

2. – Auch ihre Behauptung, man habe eine jur. Person angeschrieben hat dabei keinerlei Auswirkungen, sie haben nicht einmal die Berechtigung überhaupt jemanden anzuschreiben!

3. – Es kann weder Einlassungen noch konkludente Annahmen geben, es gibt nur Strafbare Handlungen durch diese Gewohnheitsverbrecher, die sich an den Feind verkauft haben und für den Feind das Deutsche Reich und Preußen belagern und handlungsunfähig halten. Allein auf Grund ihres US- Firmen- Status sind diese Unternehmen völlig rechtelos!

Kapitel K. – Die UNO / EU / NATO.

1. – Die UNO wurde 1942 von David Rockefeller gegründet, offiziell sollte die im privaten Vereinsrecht gegründete UNO ein Zusammenschluss von Staaten sein, der sich auf einen gemeinschaftlichen weltweiten Handel unter gleichwertigen Bedingungen vereinigt hat. Ein Welt- Handelsabkommen.

2. – Was aber wenig bis gar keine Beachtung dabei fand war die Feindstaatenklausel gegen Deutschland und Japan, der jedes Mitglied beitreten musste.

Das Bedeutet: - Unter dieser Feindstaatenklausel erklären alle UNO- Mitglieder Deutschland und Japan den Krieg und sind verpflichtet das Kriegsrecht auszurufen.

Somit befinden sich alle UNO- Mitglieder seit ihrem Beitritt im Krieg gegen Deutschland und Japan, die ganze Welt befindet sich im permanenten Dauer- Weltkrieg dadurch.

3. – Unter Kriegsrecht ist es nun tatsächlich so, dass der reguläre Staat eingefroren wird und das Militär mit seinem Ober- Befehlshaber den Staat verwaltet.

Das Bedeutet: - Kein Staat auf dieser Welt hat eine handlungsfähige Regierung, die unter ihrer Verfassung über hoheitliche Rechte und Befugnisse verfügt.

Es gibt nur Geltendes Recht in einer faschistischen Diktatur!

Das ist diese Welt, die von den Khasarischen Juden und dem Vatikan gestrickt wurde.

4. – Der Hintergrund dafür ist recht simpel, die Khasarische Bankenmafia ist schon seit 1933 völlig bankrott, ebenso die private, faschistische Firma USA, die sich mit dem Vatikan, im Vatikanstaat Washington DC tummeln.

Washington DC hat nur das Ansehen der Hauptstadt **amerikas**, (die Kleinschreibung ist richtig) DC ist die Hauptstadt der Firma VEREINIGTE STAATEN von AMERIKA, eine faschistische Diktatur der Khasarischen Bankenmafia und dem Vatikan.

Weil nun die Firma USA und die Banken bankrott sind, musste das Staatsrecht beseitigt werden, im Staatlichem Recht müssten sonst die Konkursverfahren eingeleitet werden.

Deshalb rief Roosevelt das Kriegsrecht aus und der Staat wurde eingefroren und handlungsunfähig gestellt.

Und so retten sich die USA und die Banken weltweit vor dem Konkurs, deshalb wird auch jeder Frieden und jede Friedensbewegung weltweit torpediert, wenn nötig mit Krieg überzogen.

5. – **1973** ist dann die Bundesrepublik Deutschland (BRD) und die damalige DDR der UNO als Mitglied beigetreten als 72 + 73 „Staat“.

Natürlich mussten beide „Staaten“ auch der Feindstaatenklausel gegen Deutschland und Japan beitreten und den Deutschen Völkern den Krieg erklären!

6. – Für Spekulationen bleibt hier nicht viel Spielraum, dieser Beitritt zur UNO kann nur eines bedeuten, die Bundesrepublik Deutschland kann kein Staat der Deutschen sein.

Auch die Rechtsnachfolge des 3 Reiches Adolf Hitler ist damit ausgeschlossen.

Ein sogenannter Staat kann nicht einer Organisation beitreten und sich selbst den Krieg erklären, das geht nur, wenn man mit dem Staat, den man angeblich vertritt, absolut gar nichts zu tun hat.

Aber ein klarer, deutlicher Beweis dafür, dass die gesamte Politik der Bundesrepublik Deutschland und auch des Nachfolgers 1990 – Deutschland / Germany – jetzt nur noch - Deutschland, - noch niemals etwas mit den Deutschen zu tun gehabt haben kann und es grundsätzlich nur um die Vernichtung der Deutschen Völker geht.

Eine Politik gegen die Deutschen Völker!!!

7. – Die **EU** und die **Nato** sind so ziemlich die gleichen Konstrukte wie die UNO, auch Schöpfungen der Khasarenjuden (Bankenmafia) und dem Vatikan. Es sind alles nur private Firmen, die unter Hochverrat gegen die eigene Bevölkerung zustande gekommen sind.

Nur zu diesem Zweck wurde die UNO gegründet, die ganze Welt befindet sich durch die UNO im Krieg gegen Deutschland und Japan, alle Staaten dieser Welt sind unter dem Kriegsrecht (seit Beitritt zur UNO) eingefroren und werden von faschistischen Diktaturen im See- Handelsrecht regiert und ausgeplündert.

Das alles war nur unter dem Hochverrat des Militärs möglich!

Im Kriegsrecht verwaltet das Militär und der Ober- Befehlshaber den eingefrorenen Staat.

8. – Alle Mitarbeiter dieser faschistischen Organisationen, die Staatlichkeit simulieren, leisten einen Eid auf ihren Dienstherrn und der Agenda, die dahintersteht.

Dadurch sind sie Mittäter und begehen grundsätzlich Hochverrat gegen ihre eigene Bevölkerung.

Alle sind in voller Höhe für alles Haftbar!

Das was der einzelne Denkt oder glaubt ist überhaupt nicht von Bedeutung, Bedeutung hat nur das, was man wirklich weiß und das hier ist die Realität.

Kapitel L. – Das Banken- System:

1. – Viele wissen bereits, dass das Bankensystem 1933 bereits völlig bankrott und nicht mehr zu retten war.

Aber auch die **Firma USA** mit ihrem Hauptsitz – im **Vatikanstaat Washington DC** – war völlig bankrott, das Konkursverfahren drohte.

2. – Aus diesem Grund wurde das **Treuhandsystem** mit der **HJR 192** von den Bankern und ihren gekauften Politikern geschaffen.

Es gab kein Geld mehr, es hieß, alles ist im Voraus bezahlt, niemand wird in irgendeiner Form wieder Geld benötigen um irgendwelche Zahlungen zu leisten.

Es reicht ein accepted for Value mit der Sozialversicherungsnummer aus.

3. – Damit die Banken sich an diesen Vertrag nicht halten müssen, hat der damalige US- Präsident Roosevelt dann das Kriegsrecht ausgerufen, wodurch der Staat dann eingefroren wurde und nur noch militärisch verwaltet werden konnte.

4. – Es gibt seit 1933 kein werthaltiges Geld mehr, durch das Kriegsrecht haben die Banker sich die Möglichkeit geschaffen, das Geld aus dem N I C H T S zu erschaffen.

Es sind nur noch Zahlen und buntbedrucktes Papier, nirgendwo steht irgendein Wert dahinter, durch doppelte Buchführung (Doppik) werden Kredite am Computer durch die Eingabe von Zahlen ohne eigenen Wert erschaffen.

Auf der einen Seite steht der Kredit sagen wir 100.000, - €, als Minus, auf den gegenüberliegenden Seite wird der „Kredit“ als Plus eingetragen, jeden Abend um 18:00 Uhr stehen alle Konten auf null.

Die Banken bedienen sich dafür an den Kollateralwerten der Menschen, im Grunde genommen bekommt der Kreditnehmer sein eigenes Geld als Kredit und muss es dann zurückzahlen.

Der Kredit ist noch am selben Abend bezahlt, trotzdem fordert man eine Rückzahlung durch werthaltiges Geld, Geld das durch harte Arbeit verdient wurde.

Alles ist vorsätzlicher Betrug, da laufen so viele Betrügereien durch die Banken, allein das würde schon mehrere Bücher füllen.

Hier geht es aber um die Haftung der Banken!

Die Banken müssen nach dem **Genfer Abkommen Basel 3** die Herkunft des Geldes nachweisen, was ihnen völlig unmöglich ist, da sie bankrott sind und nur durch Betrug überleben können.

5. – Nach **S.H.A.E.F. – Gesetz Nr. 51** sowie dem **Kriegsrecht** seit dem **31 Juli 1914**, hätte der **€uro** auf deutschem Boden, durch die privaten Banken niemals eingeführt werden dürfen.

Aufgrund des gültigen Kriegsrechts gab es auch keinen Staat, der die Einführung des €, hätte autorisieren dürfen. – **Das war vorsätzlicher Betrug!**

6. – Nach **S.H.A.E.F. – Gesetz Nr. 52** sowie dem **Kriegsrecht** seit dem **31 Juli 1914**, kann niemand etwas kaufen oder verkaufen, Grund und Boden z. B. gehören zum gesperrten Vermögen.

Da es auch weder staatliche Gerichte gibt, noch Notare, kann nichts beurkundet werden.

7. – Nach **S.H.A.E.F. – Gesetz Nr. 161** sowie dem **Kriegsrecht** seit dem **31 Juli 1914**, darf niemand Deutschen Boden ohne Genehmigung der Militärregierung betreten, das bedeutet, auch private Unternehmen wie Banken, haben keinerlei Befugnisse auf deutschem Boden ihre „Geld“- Geschäfte zu betreiben, da dies auch im Hinblick auf das **S.H.A.E.F. – Gesetz Nr. 52** und dem aktiven Kriegsrecht des Deutschen Reiches, das seit dem 11 November 1918 unter Kriegsrecht im Waffenstillstand verweilt, verboten ist. Die Banken benötigen eine Genehmigung der Militärregierung des Deutschen Reiches 1871.

8. – Niemand darf deutschen Boden ohne ausdrückliche, schriftliche Genehmigung des Militärs betreten, dabei kommt es nicht auf das private US- Militär an, der 2 Weltkrieg war lediglich ein Trick um an die Werte und Kollateralwerte der Deutschen zu gelangen, die Besatzung durch die Alliierten hatte nur Auswirkungen auf den Handelskonzern 3 Reich Adolf Hitler der weder über ein Staatsgebiet noch über ein Staatsvolk verfügte. (1933 bat Hitler den deutschen Kaiser in Doorn / Holland um die Rechtsnachfolge für das Deutsche Reich 1871, der Kaiser lehnte die Bitte ab und gab 1941 alle Rechte an die Preußen zurück.)

Das gültige Staatsgebiet der Deutschen wird Preußen und das Deutsche Reich mit seinen 25 Bundesstaaten genannt, die seit dem 11 November 1918 als unbesiegter Staat im Waffenstillstand unter aktivem Kriegsrecht stehen.

9. – Somit benötigen die Banken eine Genehmigung der freien, souveränen Preußen um auf deren Staatsgebieten ihre Bankgeschäfte tätigen zu dürfen. Eine Bundesrepublik Deutschland ohne Staatsgebiet und Staatsvolk reicht dafür nicht aus, auch die Nachfolger Germany und Deutschland nicht! **S. die UNO Kap. K Abs. 5-8.**

– Somit betreiben die kriminellen Bankensysteme illegale Betrugsgeschäfte auf einem fremden Staatsgebiet ohne überhaupt über die Berechtigung zur Betretung der Deutschen Gebiete zu verfügen.

10. – In Anbetracht der Konten, die ausschließlich nur in – **DE** – Delaware USA eingerichtet werden, ist die Tatsache der illegalen Betreibung von Bankgeschäften als bestätigt anzusehen.

Auch die Betrugsverträge nach röm. Recht sind für normale Bürger undurchschaubar, so ein Konto läuft auf **MUSTERMANN MAX** einer jur. Person (Fiktion) dann wird dort noch ein **Herr Max Mustermann** eingetragen, der in der einen Spalte ein **US- Staatsbürger** ist, auf der Folgeseite dann mit einem Mal nicht mehr.

Das Konto gehört nach dem Betrugsvertrag grundsätzlich der Bank, mit allem was darauf ist. Die Bank kann frei entscheiden, was mit dem Konto und dem Guthaben geschieht.

Verträge dieser Art werden unter Täuschung im Rechtsverkehr geschlossen und sind von vornherein schon null und nichtig.

Hinzu kommt die illegale Geschäftstätigkeit in einem Kriegsgebiet.

Ebenfalls ist einzubeziehen, dass die Bundesrepublik Deutschland niemals befugt war, irgendwelche Banken auf Preußischem / Deutschen Boden zu installieren.

Sie dazu die Kapitel A + B.

11. – Auch wurde bereits **2011 das röm. Recht** aufgehoben so dass die jur. PERSON keine Anwendung mehr finden darf.

Die Verwendung der Namensschreibung **Herr Max Mustermann** greift zusätzlich in die Militärrechte ein, die durch den Militärstaatsanwalt geahndet werden müssen.

12. – Weiterhin hat auch das Bundes- Verfassungsgericht und der BGH hierzu Urteile erlassen.

1983 BVerfG. 2 BvR 315 / 83 und BGH-Urteil

Es ist **verboten** den **Menschen** als **Objekt** / **jur. Person** zu behandeln.

1987 BVerfG. 77, 137:

Das deutsche Volk ist seit dem 16.04.1871 Träger des Selbstbestimmungsrechts.

2007 -- Aufgrund des privaten Status der Unternehmen und der Vortäuschung öffentlichen Recht auszuüben kommt es zur **Durchgriffshaftung §§ 105 Abs. 1, § 128 HGB**, sie haften persönlich mit ihrem gesamten Privatvermögen.

Da es sich hier um den Missbrauch der juristischen Person durch privat erzeugte Strohmännchen-Scheingeschäfte **§ 117 BGB** handelt, führt dies zum „Verlust der Haftungsbeschränkung“.

2007 gab der BGH das zur Durchgriffshaftung führende Konzept des Missbrauchs der **Rechtsform** auf und begründete die **Existenzvernichtungshaftung** des Gesellschafters allein mit **§ 826 BGB** als eine besondere Fallgruppe der **sittenwidrigen vorsätzlichen Schädigung**.

Nicht versicherte „Strohmännchen“ stehen ausschließlich unter Haftung des jeweiligen Anwenders mit Durchgriffshaftung über dessen Juristische Obligation auf den Inhaber dieser [19/III GG].

Somit haften die Mitarbeiter und Vorstände der Banken in voller Höhe, für jede Kontopfändung und jeden Verlust, der durch die Banken und ihrer Komplizenschaft mit Dritten entstehen.

Analog arbeiten auch alle Versicherungen nach diesem Betrugs- Prinzip.

Kapitel M. – Wohin geht unsere Reise der Wahrheit?

1. – Wo leben wir eigentlich???

In **Deutschland** was für das Groß- Deutschland von Adolf Hitler steht?

In der **Bundesrepublik Deutschland** die nie ein Staat war und uns von den Khasarenjuden aufgezwungen wurde?

Im **3 Reich Adolf Hitler**, in den Grenzen von 1937, dass von den Khasarenjuden gegründet wurde, mit Adolf Hitler als Agent und Vorsitzenden der Firma?

In der **Weimarer Republik**, die auf Anordnung der Kirche und der Khasarenjuden durch Putsch und Hochverrat der deutschen Juden, dem Adel und der SPD als Firma gegründet worden ist?

In der **Firma Deutsches Reich 1871**, gegründet im Vereinsrecht (Seerecht) mit der militärisch erzwungenen Verfassung von 1848?

In den **Bundesstaaten des Deutschen Reiches**, die nur Provinzen des Preussischen Empire waren und von Fürsten als Lehen der Kirche verwaltet wurden?

In einem **Preußen**, dass als Lehen der Kirche durch einen König, der sich 5. Millionen Taler geliehen hat um sich den Titel König (von der Kirche) kaufen zu können und sich 1701 selbst zum König krönte?

Oder leben wir schon im Preussischen Empire???

2. – Im Grunde genommen ist alles ganz einfach, nur kommen die meisten mit dem selbstständigen Denken nicht so richtig klar und denken im Schubladen- System, dabei wird das große Ganze aber völlig übersehen.

Deshalb zeige ich in meinen Artikeln klar und deutlich auf, wie korrupt und kriminell das röm. Rechtssystem der röm. kath. Kirche in Wahrheit ist.

Die röm. kath. Kirche kam aus Babylon und wurde von den Khasaren- Juden völlig unterwandert und letztendlich übernommen. (Auch andere Mächte spielen da eine Rolle.)

3. – Da die Geschichtsschreibung völlig verfälscht wurde und sehr viele wahre Dokumente unserer Vergangenheit vernichtet worden sind, kann ich in diesem Teil nur spekulieren.

Der **30-jährige Krieg von 1618 – 1648** war / soll ein Glaubenskrieg gewesen sein!

In diesem Krieg ging es darum, den röm. kath. Glauben über ganz Europa durch Gewalt zu erzwingen, meiner Ansicht nach ist das nur die Halbe Wahrheit, viel eher war das die Zeit, in der die vom Vatikan gesteuerten Fürsten das Preussische Empire mit Krieg überzogen haben um es zu erobern, die Bevölkerung wurde dabei sehr stark ausgedünnt.

Eine der Haupt- Armeen zur Niederkämpfung des Deutsch- Rittertums wurde von den Wielands angeführt, die sich später in Hohenzollern umbenannten.

4. – **1302** erließ Papst Bonifatius VIII. die Bulle Unam Sanctam - erklärt sich damit zum Herrscher und Eigentümer der Welt, macht sich alle Menschen untertan.

1455 verfügte Papst Nikolaus V. durch die päpstliche Bulle **Romanus Pontifex**, - trennt damit schon jeden Menschen ab seiner Geburt von jedem Recht auf Eigentum.

1481 erließ Papst Sixtus IV. durch die Bulle Aeterni Regis – damit beraubt die Kirche jedes Kind ab seiner Geburt der Rechte auf seinen Körper.

Die **dritte Krone** wurde in Form der päpstlichen Einberufungsbulle von Papst Paul III. im Jahre **1537** damit hat die röm. kath. Kirche Anspruch auf die Seele eines jeden Kindes.

Alle diese Bullen und Kronen wurden unter dem röm. Militärrecht, dessen Erbe sich die Kirche erlogen hat, erlassen.

Es ist schon seit Martin Luthers Zeit erwiesen, das Kaiser Konstantin das röm Militärrecht, der röm. Kath. Kirche **N I C H T** vererbt hat!

Wer weiß, wieviele Thesen Luthers verschwiegen worden sind, es muss ja einen plausiblen Grund gehabt haben, warum die Thesen zu solch einem Krieg geführt haben.

Damit stand auch die gesamte Existenz des Adels auf Messers Schneide.

5. – Auflösung des römischen Rechts:

Seit dem **21 Juni 2011** ist die **Romanus Pontifex** offiziell aufgelöst, über Ritus Mandamus und Ritus Probatum; öffentlicher Eintrag Nr. 983210-331235-01004.

Hiermit ist alle Rechtsprechung des römischen Reiches auf der Erde null und nichtig.

Alle Cestui Vie – Trusts sind seit dem 15 August 2011 über den Ritus Probatum Regnum und Ritus Mandamus aufgelöst.

(Öffentlicher Eintrag Nr. 983210-341748-240014)

Dies beinhaltet die Auflösung des Trusts und Amtes bekannt als **Aeterni Regis**, und als die „Ewige Krone“ oder „die Krone nebst all ihrer Abergern, die Beendigung aller Siedlungsurkunden (settlement certificates), Geburtsurkunden, Sterbeurkunden, der Bonds und Ansprüche (claims) einschließlich der Autoritäten der Bank for International Settlements (BIS = Zentralbank der Zentralbanken.)

Alle Länder / Bundesländer / Bundesstaaten existieren ausschließlich nur unter einem Konkordat mit der röm. kath. Kirche, als See- Handelsrechtliche **Staatswesen** und sind dem Internationalen UCC (Uniform Commercial Code) sowie dem Kanonischen Recht unterworfen.

6. – Das muss man jetzt nur richtig verstehen,

alles wurde aufgelöst, alles ist wieder zurück in seinen Ur- Zustand gegangen.

Nur unter dem röm. Recht war alles haltbar, ohne röm. Recht zerfällt alles wieder.

Alle Staatswesen und Verwaltungsgebiete als Lehen der Kirche sind aufgelöst! (**S. Abs. 1**)

Alle Bullen und Kronen sind aufgelöst! (**S. Abs. 4**)

Alle sogenannten Rechtsformen des röm. Reiches wie z. B. Verfassung / Staatsgründung / Gesetzgebung / PERSONEN / PERSONalausweis / Abgeben bzw. Wegnahme von Rechten / Versicherungen / Staat / Staatsmacht / Gebietsansprüche / Geburtsurkunden / Staatsangehörigkeit usw. usw... wurden aufgelöst und beendet,

das gibt es alles nicht mehr!

Es gibt nur noch lebende, beseelte Menschen!

7. – Natürlich machen die kriminellen Systeme weiter wie bisher, ganz oben weiß man Bescheid, unten weiß niemand etwas darüber, dass ihnen jegliche Macht entzogen wurde.

Sie machen weiter und haften dafür privat und persönlich!!!

8. – Motu Proprio vom 11. Juli 2013:

Papst Franziskus hat am 11. Juli 2013 mit Wirkung zum 01. September 2013 ein Motu Proprio, **das höchste legale Gesetzinstrument auf Erden** aus eigenem Beweggrund (motu proprio) herausgegeben und demzufolge die **Immunität** aller Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte und „Regierungsbeamten“ **aufgehoben**.

Durch dieses Motu Proprio des Papstes sind nunmehr Richter, Anwälte, Banker, Gesetzgeber, Strafverfolgung und alle öffentlichen Beamten und Bediensteten **persönlich haftbar** zu machen für ihre Beschlagnahmung von Häusern, Autos, Geld und Anlagen der wahren Begünstigten, für Freiheitsberaubung, Betrug, Belästigung und die Umwandlung der Treuhandfonds der wahren Begünstigten.

9. – Aus eigenen Beweggründen, das höchste legale Gesetzinstrument, das gibt es doch längst nicht mehr, hier ein Ausschnitt aus dem OPPT- Act.

UCC-DOC # 2012127914 vom **28. November 2012.**

„...Das jegliche und alle CHARTAS, einschließlich der **United States Federal Gouvernement, UNITED STATES, „State of.“**, inklusive jeglicher und aller Abkürzungen, idem sonans oder andere rechtliche, finanzielle oder administrative Formen, jegliche und alle internationale Äquivalente, einschließlich jeglicher und aller ÄMTER und ÖFFENTLICHER DIENSTSTELLEN , BEAMTEN und ÖFFENTLICHER BEDIENTETEN, VERWALTUNGS AKTE und VOLLZUGSBEDIENSTETE, VERTRÄGE, VERFASSUNGEN und SATZUNGEN, MITGLIEDSCHAFTEN, VERORDNUNGEN und jegliche und alle sonstige Verträge sowie Vereinbarungen, die damit und darunter getroffen worden sind, jetzt nichtig, wertlos, oder anderweitig annulliert sind, unwiderlegt;...”

Die röm. kath. Kirche konnte ihre Macht und ihre Ansprüche nicht beweisen, deshalb wurde sie mit dem OPPT- Act rechtmäßig zwangsgepfändet.

10. – Im Grunde genommen ist unser Weg hier ganz klar aufgezeichnet, man muss dazu nur einmal auf Russland blicken, Russland nutzt den ganz alten, doppelköpfigen Adler des damaligen Russischen Empires wieder. (**Russia**)

Auch wir deutschen, das Brudervolk der Russen hatten im Prussischem Empire fast denselben doppelköpfigen Adler, der nach Ost und West schaut. (**Prussia**)

Brudervölker, weil die Russen, die Prussen, die Iren und die Schotten zum 1. Stamm Juda gehören, also dieselbe Abstammung haben.

Wenn es nach mir geht, dann überspringen wir alles was durch das röm. Recht hier einstmals geschaffen wurde und gehen zurück zu Prussia!

Friedensverträge:

Alles in allem realistisch betrachtet, ist Preußen der einzige, wirklich noch souveräne Staat auf dieser Welt, auch war Preußen nicht an den Weltkriegen beteiligt. Somit sind für Preußen die Friedensverträge schon einmal auszuschließen.

Das Deutsche Reich 1871 war ein Handelskonstrukt im Vereinsrecht, also eine Firma, im See-Handelsrecht, die im Faschismus geführt wurde.

Die Feindstaaten waren ebenfalls nur Handels Konstrukte, im See- Handelsrecht.

Private Unternehmen müssen mit privaten Unternehmen keine Friedensverträge schließen.

Mit wen sollten diese Friedenverträge auch geschlossen werden, es sind keine Staaten mehr, nur noch faschistische Diktaturen unter Kriegsrecht seit ihrem Beitritt zur UNO.

Der 2 Weltkrieg geht die Preußen nichts an, ebenso wenig das Deutsche Reich 1871, dass 3 Reich Adolf Hitler war eine Diktatur, eine faschistische Besatzung im Seerecht (Piraterie) ohne hoheitliche Rechte und Befugnisse, ohne Staatsgebiet und Staatsvolk. Deshalb konnte auch nur der Handelskonzern im Seerecht besetzt werden.

Auch schon aus diesen Gründen haben die Preußen (Prussen) und die Bundesstaaten des Deutschen Reiches 1871 rein gar nichts mit der immerwährenden Schuld für die angeblichen Gräueltaten an den sogenannten Juden, die tatsächlich Khasaren sind und lediglich den jüdischen Glauben angenommen haben, zu tun.

Preußen und die Bundesstaaten werden nur noch von den eigenen Mitbürgern, die sich als Beamte ausgeben, sich tatsächlich aber nur an den Feind als Söldner verkauft haben, belagert und handlungsunfähig gehalten.

Mit ihrem Eid auf die Bundesrepublik Deutschland treten sie der Kriegserklärung der Bundesrepublik Deutschland von 1973 gegen alle Deutschen Völker bei.

Abspann:

1. – Generell muss verstanden werden, dass alle Ämter- und Behörden, auch die Bundesrepublik Deutschland, Deutschland, Germany, Deutscher Bundestag, alle Ministerien, alle Bundesländer usw... bei den internationalen Firmenauskünften z. B. UPIK, als private US- Corporation (GmbH) zu finden sind.

Dazu kommen ebenso alle Gerichte, Staatsanwaltschaften, Städte, Gemeinden, Landkreise, POLIZEI- Direktionen, Agenturen für Arbeit, Krankenkassen, Rentenkassen, Banken, Staatsschutz, Bundespolizei, Zoll, Verfassungsschutz usw...

Alle Firmen sind grundsätzlich nur in den USA, im Steuerparadies Delaware angemeldet und registriert.

2. – Es gibt auf der ganzen Welt keinen Staat, der einer ausländischen Firma (USA) irgendwelche staatlichen Rechte oder Befugnisse verleihen könnte!

Selbst die Gerichte, die normalerweise in einem Staat rechtsverbindliche Eintragungen in das Handelsregister veranlassen sind private US- Firmen und zu nichts befugt.

Bei den internationalen Firmenauskünften dürfen auch nur rein private Unternehmen eingetragen werden, die keinen staatlichen Hintergrund haben.

Niemand kann und darf auf deutschem Boden irgendwelche rechtlichen Eintragungen vornehmen, wie wollen diese Gangster dann öffentliches Recht vertreten können???

Niemand kann ihnen die Befugnisse dazu verleihen!!!

3. – Der größte Unsinn der verbreitet wird ist, wir wären besetzt!

Wir waren nie besetzt, zu keinem Zeitpunkt, Preussen / Preußen und die Provinzen, die von Fürsten verwaltet wurden und sich Bundesstaaten nannten, gehörten zu einem voll souveränen Gesamtstaat, aus dem das Deutsche Reich 1871 und Preußen gemacht wurden. Am 28 Oktober 1918 wurde von den Juden, der SPD und dem Adel gegen das Reich und den Kaiser geputscht, Putsch ist immer eine gewaltsame Übernahme.

Bei einer gewaltsamen Übernahme können aber keine Rechte und Befugnisse mit übernommen werden, es gibt nur Geltendes Recht = Gewaltames Recht.

4. – Dann wurde von den Putschisten die Weimarer Republik gegründet, man kann einen neuen Staat nicht einfach auf einen vorhandenen draufsetzen, erst muss der vorhandene abgewickelt und aufgelöst (verwest) werden.

Das ist nie passiert, auch hätten dann als erste neue Wahlen zu einer Verfassung stattfinden müssen damit die Weimarer Republik eine von Volk gewählte Verfassung bekommt und sich erst dann als souveräner Staat bezeichnen darf.

Auch das ist nie erfolgt, die Weimarer Republik hat ihre Verfassung am Biertisch ausgeklüngelt und diese dann einfach selbst erlassen.

Der Originäre Staat, das Deutsche Reich 1871 schlummerte derweil unter dem ausgerufenen Notstand / Kriegsrecht vom 31 Juli 1914 in Eis weiter.

Durch das Kriegsrecht wird der Staat eingefroren (ist Handlungsunfähig) und wird vom Militär und dem Oberbefehlshaber (Kaiser) verwaltet.

5. – Das 3 Reich Adolf Hitler hat die Putschisten der Weimarer Republik dann durch Putsch abgelöst, er hat die gesamte Opposition am Abend vor der Wahl zum Reichkanzler dann verhaften lassen, so hat er die Wahl fast einstimmig gewonnen.

Das 3 Reich oder auch Groß- Deutschland war ebenso wie die Weimarer Republik, nichts weiter als ein privater Handelskonzern im Seerecht = Piratenrecht genannt.

Wie die Weimarer Republik verfügte das 3 Reich ebenfalls über kein Staatsgebiet und kein Staatsvolk, das Deutsche Reich wurde nie abgewickelt und aufgelöst, (verwest) es war immer noch vorhanden, wurde aber handlungsunfähig gehalten.

Hitler hat nur die Biertisch- Verfassung übernommen und seine Firma im Faschismus als Diktatur weitergeführt.

Man muss nur einmal auf die Geschichtsschreibung, Zeitungsartikel, Dokumentar- Filme, Kriegs- Filme usw.. achten, es ist grundsätzlich nur die Rede von einer Faschistischen Diktatur, die nichts anderes als Gewaltherrschaft bedeutet.

6. – Der Trick beim Ganzen ist, man muss Preußen und das Reich 1871 gar nicht selbst besetzt halten, das machen die dummen Preußen / Prussen und Reichs- Deutschen schon selbst. man hebt sie nur in irgendwelche Ämter, zahlt ihnen ein gutes Gehalt, dass sie selbst aus dem Volk herauspressen, was unter aktives Kriegsrecht der Plünderung gleichzusetzen ist, man lässt sie einen Eid leisten und bezahlt sie nach einer Besoldungstabelle.

Was bedeutet Besoldungstabelle?

Der Mitarbeiter, der nach dieser Tabelle bezahlt wird, bekommt wie ein Soldat – **Sold** -! Sold bedeutet, der Empfänger von Sold hat sich verkauft.

Und sie haben sich jedes Mal an den Feind ihres Volkes verkauft und sind die Besitzer des eigenen Volkes unter Hochverrat gegen einen Sold.

Dafür plündern sie ihr eigenes Volk!

Sie arbeiten für keinen Staat, sie arbeiten für private, kriminelle Diktatoren im Faschismus! Faschismus = Diktatur durch private Handelsunternehmen im Seerecht.

Sie berauben und plündern ihre eigene Bevölkerung zum Wohl des Feindes.

Ihr Dienstherr hat keine staatlichen Rechte und Befugnisse, ihr Dienstherr hat kein Staatsgebiet oder ein Staatsvolk, sie rauben und plündern auf fremdes Staatsgebiet.

Sie werden auch nur als Beamte angesehen, ohne wirkliche Beamte zu sein, das nennt man Täuschung im Rechtsverkehr, ihr Dienstherr bezieht sich dazu auf die Haager Landkriegsordnung, HLKO, auf den Artikel 24, Kriegslisten sind erlaubt.

Universelle Menschenrechte gelten nicht in der BRD, daher kann in der BRD keine Menschenrechtsverletzung angeklagt werden.

Grund ist das System selbst.

Das Grundgesetz besagt, dass die BRD eine Wirtschafts- und Verwaltungseinheit ist.

Sowohl die Legislative, als auch die Justiz, also die Judikative, ist in der BRD nicht gegeben.

Die BRD gleicht einer Kapitalgesellschaft, in der auf der Schiene der Exekutive sowohl die Legislative als auch die Judikative zu finden ist.

Die Judikative arbeitet in Deutschland nach einem gedungenen Werksvertrag, d.h. es sind Privatgerichte.

Richter, Staatsanwälte, Anwälte, Polizisten und sonstige "Beamte" wenden das Gesetz nicht an, sondern definieren diese "Gesetze" als Norm und Normen sind auslegbar.

Die Judikative mutiert dann zum Ersatzgesetzgeber und versucht das Gesetz nicht anzuwenden, sondern zu interpretieren.

Gleichzeitig ist die Justiz auch eine Exekutive, denn in der BRD-Wirtschafts- und

Verwaltungseinheit fehlt sowohl die Legislative, als auch die Judikative.

Das heißt, die Anwender, Gerichte, Richter etc. spielen in der Exekutive nur ihre Macht aus.

Der sogenannte Gesetzgeber, also der Kasper-Verein im Bundestag, beschließt Gesetze und ohne diesen Cäsaropapismus, den Putsch/Staatsstreich seitens der durchkorrumpierten, von Betrug durch Filz, Vetternwirtschaft, Cumex, Berateraffären und anderen Vita-Verschönerungen, nicht ausgelassen die Unfähigkeit durch mangelnde Kompetenz und erfolgreiche Abschlüsse, in Frage zu stellen, definieren Richter, Anwälte, Staatsanwälte, Polizisten und Co. diese "Gesetze" als Norm und Normen sind definierbar.

Dieses Nichtinfragestellen, nicht Wahrnehmen der eigenen Remonstrationspflicht macht jedes mitmachende Justiz-Klientel zum Mittäter.

Beim GG handelt es sich um eine Firmennorm.

Die BRD versucht durch Normen das System aufrecht zu erhalten.

Wenn z.B. Arbeitslose gebraucht werden, gibt es Arbeitslose, wenn weniger Arbeitslose gebraucht werden, schafft man irgendwelche Programme, um die Leute hier zu belügen und betrügen.

Die BRD-GG-Firmennorm ist letztlich nur ein Gesellschafter-Vertrag der 4 Siegermächte.

Näher geht man besser nicht darauf ein, da man sich sonst ganz schnell auf der Nazi-Deutsches Reich- Schiene begibt und Probleme wegen der Feindstaatenregelung bekommt. Die Allmachts-Keule.

Die universellen Menschenrechte gelten aber überall, jederzeit und für Jedermann.

D.h. dadurch, dass jedes Gericht kein ordentliches Gerichtsverfahren abhalten kann, da es kein Staatsgericht ist, können die Urteile, die in der BRD gesprochen werden keine Rechtskraft erlangen.

Es handelt sich hierbei um Schiedsgerichte, nach dem Kontrollratsgesetz Nr. 35, aufgrund des Besatzungsrechts, bzw. aufgrund AHK (Alliierten Hochkommissionsgesetze) Gesetze. Wenn die Gerichte keine Vollstreckbarkeit erreichen, ist nach Art. 6 der Menschenrechtskonvention ein Verfahren zu beenden.

Eine Vollstreckbarkeit ist nicht erreichbar, gleichzeitig ist auch Art. 13 der Menschenrechtskonvention nicht erreichbar - nämlich das Beschwerderecht.

Das Beschwerderecht beinhaltet die Verletzung der Konvention, die durch eine wirksame Beschwerdemöglichkeit vor eine nationale Behörde zu gewährleisten ist.

Das ist in der BRD aber nicht möglich, da die Behörden nicht existieren, sondern nur private Firmen sind.

Aus diesem Grund kann man aus keinem Verfahren eine Haftung, eine Verletzung des Völkerrechts und Verletzung der Normenkontrolle erreichen, denn das ist mit der Bundesverfassungsbeschwerde ausgeschlossen.

In der BRD bekommt man wegen Menschenrechtsverletzung kein Recht. gleichzeitig bekommt man keine Haftung und aufgrund der Normenkontrolle kann man sich auch nicht beschweren.

Freifahrtschein für alle Rechtsverdrehler, wie geil, oder?

Wen wollen sie also verarschen, wenn ich das mal so salopp ausdrücken darf?

Ihr könnt machen was ihr wollt und das tut ihr auch mit größtem Recht, schiebt noch ein " du kannst dich ja beschweren hinterher" und wisst genau, dass alles nichts bringt.

Es ist eine reine Verteilung, wer sitzt wo, wer hat den längeren Atem, sitzt am längeren Hebel.

Und jegliches Geschreibe hin und her, ob dies oder dass geschrieben wird verursacht lediglich ein schallendes Gelächter auf Seiten der ehemaligen, mit Ideologien, von Träumen besetzten, ehemals rechtschaffende oder zumindest einstmals so denkende Jurastudenten, die sich jetzt den Oligarchen unterwerfen, nichts in Frage stellen, ihre eigenen Schäfchen ins Trockene bringen und sich Vorteile abgreifen, wann und wo immer es geht.

Herzlichen Glückwunsch zu so wenig Stolz und so viel verloren gegangenem Idealismus. Ich frage mich immer... kann man sich selbst noch leiden oder ist man dumm genug, um diesen Wandel nicht zu bemerken?

Wahrscheinlicher ist, dass jeder "Beamte" dies weiß und aus Machtbesessenheit, Profitgier, der Einfachheit halber und weil es von "oben" angeordnet ist, schlichtweg nur den bequemen Weg gehen möchte, am Abend zur Familie nach Hause möchte und eigentlich auch nur seinen Frieden will, aber nicht ohne mit einem Gefühl der Genugtuung, es heute dem dummen Bürger schön ordentlich reingedrückt zu haben.

Habe ich recht oder habe ich recht?

Nach **§11 StGB** ist nur der Amtsträger, der nach deutschem Recht Richter oder Beamter ist.

Beschlüsse gehören zur freiwilligen Gerichtsbarkeit.

Es gibt in der BRD nicht einen einzigen Amtsträger.

Weder Richter noch Staatsanwälte noch Beamte.

Der Unterschied zwischen Amtsträger und Dienstträger besteht darin, dass Amtsträger einen staatlich hoheitlichen Akt ausführen dürfen.

Dienstträger dürfen das nicht, daher die fehlende Unterschrift.

Nun?

Keine Einlassungen mehr auf das röm. Recht, dass es nicht mehr gibt aber trotzdem weiter angewendet wird.

Aus Diplomaten- Interviews:

Lieschen wird nie mehr „Sehr geehrter Amtsrichter M o s e r, Süleyman“ schreiben, sondern

„Sehr geehrte Frau Lieschen Müller, vertreten durch den Amtsrichter M o s e r, Süleyman“.

Lieschen schreibt aus dem Indigenat heraus als jemand, der nicht Frau Lieschen Müller ist und die Einlassung ist vom Tisch.

Wenn Moser antwortet, -und er wird es tun-, hat e r sich eingelassen!

Ab sofort ist jegliche Einlassung vom Tisch!

Ihr könnt ab sofort schreiben und vortragen, was ihr wollt..., u n s e r e Einlassung in Mosers Jurisdiktion ist vom Tisch, wenn wir „Frau Lieschen Müller, vertreten durch Urkundsbeamten M o s e r, Süleyman“ anschreiben!

Dann nehmt ihr das Anschreiben, das ihr bekommen habt und kopiert es.

Die Kopie dann so wie in der Vorlage nachfolgend streichen und dem Schreiben mit beilegen.

Vorher aber zum Nachweis noch eine Kopie mit der Streichung erstellen.

Ausfertigung

Amtsgericht Meldorf
 Domstraße 1
 25704 Meldorf

Betroffene(r)

OWI 073126264
 27 OW, 325/23
 Herr
 Ronald Gehlken
 Finkenstr. 3
 21614 Buxtehude

Aktenzeichen (bitte stets angeben!)

Datum
 27. Nov. 2023

Beschluss

über die Anordnung von Erziehungshaft
 in der
 Bußgeldsache
 gegen

Geburtsdatum Betroffene(r)
 14.05.1955

Bußgeldbescheid vom
 03.01.2023

Gegen die/den Betroffene(n) wird wegen Nichtzahlung der Geldbuße eine ERZWINGUNGSHAFT von Tagen angeordnet.

Die/Der Betroffene hat die ihr/ihm von der Verwaltungsbehörde mit

Aktenzeichen	aufgelegte Geldbuße von	und Kosten von	Gerichtskosten	geleistete Zahlungen	verbleiben zu zahlen
073126264	200,00 EUR	28,50 EUR		0,00 EUR	

bisher nicht bzw. nicht vollständig gezahlt und nicht erbeten, dass sie/er zahlungsunfähig ist.

Es sind keine Umstände bekannt, die ihre/seine Zahlungsunfähigkeit ergeben.

Die/Der Betroffene kann die Vollstreckung der Erziehungshaft jederzeit dadurch abwenden, dass sie/er den zu zahlenden Betrag der Geldbuße an die nachgenannte Verwaltungsbehörde entrichtet.

Verwaltungsbehörde Kreis Dithmarschen Der Landrat - 0481/979333 Fachdienst Ordnung und Sicherheit Postfach 16 20 25746 Heide	Zahlungen an: Kreiskasse Heide Sparkasse Westholstein IBAN: DE3222500200033071930 BIC: NOLADE21WHO
--	---

Die Verbüßung der Erziehungshaft befreit nicht von der Verpflichtung, die Geldbuße in voller Höhe sowie die Kosten zu zahlen.

AKTENZEICHEN bitte stets angeben.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Beschluss ist eine sofortige Beschwerde zulässig, die binnen einer Woche nach Zustellung dieses Beschlusses bei dem oben bezeichneten Amtsgericht schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle einzulegen ist. Bei schriftlicher Einlegung ist die Frist nur gewahrt, wenn die Beschwerde vor Ablauf einer Woche bei Gericht eingegangen ist.



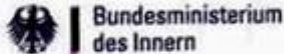
Fink
 Richter(in) am Amtsgericht

Ausgefertigt

[Handwritten Signature]

Justizamtsinspektorin

Name, Dienstbezeichnung
 als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle



Bundesministerium
des Innern

Otto Schily
Bundesinnenminister

Postanschrift: BMI 11014 Berlin

Hausanschrift: BMI Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin

Tel. 018 88 681-0
Fax 018 88 681 2926

Datum: 14.02.2004

lt. Verteilerliste

an alle Beschäftigten des
Bundesinnenministeriums,
Bundesgrenzschutz,
Polizei und Zoll

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Bundesrepublik Deutschland ist völkerrechtlich de jure erloschen. In Artikel 25 des Grundgesetzes verpflichtet sich die BRD, die allgemeinen Regeln des Völkerrechts anzuerkennen, da sie Bestandteil des Bundesrechtes sind. Daher haben jegliche Rechtsgrundlagen der Organe und Behörden der Bundesrepublik Deutschland **keine Rechtsgültigkeit mehr**. Das Deutsche Reich in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937 ist existent. Jeder Staatsbürger des Deutschen Reiches unterliegt nicht den Gesetzen und der Gerichtsbarkeit der als Diktatur regierten Staatssimulation namens "Bundesrepublik Deutschland".

Ich verspreche Euch nichts. Ich fordere etwas von Euch: Reiht Euch ein in die Front der Deutschen, die es noch sein wollen! Wir tun, was wir können – für unser Vaterland. Deutschland muss wieder deutsch werden! Wir können mehr tun mit Eurer Unterstützung. Deutschland braucht Euch. Kommt zu uns und fürchtet Euch nicht.

Die BRD ist am Ende. Das Grundgesetz weist uns den Weg zu einer Deutschen Verfassung, der Wiedergeburt des Deutschen Reiches. Denn: „Dieses Grundgesetz... verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“ (Art. 146 GG).

Ihr

Otto Schily
Bundesminister des Innern

Anlage: Allgemeine Information für alle Bediensteten von Staats-, Länder- und Kommunalbehörden zum rechtlichen Status der „BRD“ seit dem 18.07.1990

Am 18.7.1990 wurde das
GRUNDGESETZ
vollständig gelöscht

BGBl. 1990, Teil II, Seite 885, 890 vom 23.09.1990

Ab dem 18.07.1990 **sind alle** Rechtsgeschäfte /
Verwaltungsakte der BRD **RECHTSWIDRIG**

*Übrigens - keine Staatshaftung ab 19.10.1982 (BVerfGE 61, 149)
Alle haften privat, vollumfänglich und bis zur 3. Generation*

Deutsches Patent- und Markenamt

DPMRegister-Startseite | English | Impressum | Hilfe

DPMRegister

Patente und Gebrauchsmuster | Marken | Designs | Geografische Herkunftsangaben | Service | DPMAkurier

Einsteiger | Experte | Monitoring | Markenblatt | PIZ-Unterstützung

Sie sind hier: > DPMRegister-Startseite > Marken > Detailsansicht

Registerrauskunft

Registernummer: 30243782

Marke eingetragen
 Stand am: 26.06.2016

INID	Kriterium	Feld	Inhalt
	Datenbestand	DB	DE
111	Registernummer	RN	30243782
210	Aktenzeichen	AKZ	302437827
540	Wiedergabe der Marke	WM	POLIZEI
550	Markenform	MF	Wortmarke
220	Anmeldetag	AT	04.09.2002
151	Tag der Eintragung im Register	ET	01.08.2006
156	Verlängerung der Schutzdauer	VBD	01.10.2012
730	Inhaber	INH	Freistaat Bayern, vertreten durch den Staatsminister des Innern, 80539 München, DE
740	Vertreter	VTR	BOEHMERT & BOEHMERT Anwaltspartnerschaft mbB - Patentanwälte Rechtsanwälte, 28209 Bremen, DE
750	Zustellanschrift	ZAN	BOEHMERT & BOEHMERT Anwaltspartnerschaft mbB - Patentanwälte Rechtsanwälte, Hollerallee 32, 28209 Bremen
	Version der Nizza-Klassifikation		NCL8
511	Klasse(n) Nizza	KL	38, 9, 16
	Aktenzustand	AST	Marke eingetragen
180	Schutzendedatum	VED	30.09.2022
450	Tag der Veröffentlichung	VT	01.09.2006
	Beginn Widerspruchsfrist	BWT	01.09.2006
	Ablauf Widerspruchsfrist	EWT	01.12.2006
510	Waren- / Dienstleistungsverzeichnis	WDV	Klasse(n) Nizza 09: Registrierkassen, Rechenmaschinen, Brillen Klasse(n) Nizza 16: Papier, Pappe (Karton) und Waren aus diesen Materialien, soweit in Klasse 16 enthalten; Schreibwaren; Schreibmaschinen und Büroartikel (ausgenommen Möbel) Klasse(n) Nizza 38: E-Mail-Datendienste

Position	Verfahrensart	Verfahrensstand	EDV-Erfassungstag	Veröffentlicht im Markenblatt vom	Alle Details anzeigen
1	Anmeldeverfahren	Marke eingetragen	01.08.2006	01.09.2006	Detail anzeigen
2	Widerspruchsverfahren	Marke ohne Widerspruch eingetragen	11.01.2007	16.02.2007	Detail anzeigen
3	Verlängerung	Schutzdauer der Marke verlängert	27.09.2012	02.11.2012	Detail anzeigen
4	Umschreibung - Vertreterbestellung/-änderung	Umschreibung abgeschlossen	02.10.2014	07.11.2014	Detail anzeigen

Die Eingliederung der „POLIZEI“ bei constellis

Eine Übersicht gegen Mißbrauch

Quelle: <https://constellis.com>

Wir sind der führende Anbieter von Dienstleistungen in den Bereichen Risikomanagement, humanitäre, soziale Intelligenz, Schulung und operative Unterstützung für Regierungs- und Geschäftskunden auf der ganzen Welt. Constellis vereint die Fähigkeiten und Erfahrungen von ACADEMI, Triple Canopy, Olive Group, Centerra, OMNIPLEX, TDI, AMK9, Edinburgh International, Strategic Social und all ihren Tochtergesellschaften. Diese Zusammenführung von Unternehmen unter dem Namen Constellis ermöglicht es unseren Kunden, sich auf einen einzigen Partner und eine weltweite Projekterfahrung zu verlassen. Bei Constellis ist es unser oberstes Ziel, den Erfolg unserer Kunden zu sichern. Unsere zukunftsweisenden Lösungen umfassen ein breites Spektrum an synergistischen Dienstleistungen, einschließlich Hintergrunduntersuchungen, Social Intelligence-Tools, Weiterbildungsmöglichkeiten, Logistik und Lebenserhaltung, UAV-Systeme, globale Tracking-Technologie, Brandschutz und medizinische Dienste, Informationssicherheit und Krisenbewältigung. Constellis nutzt das beispiellose Engagement und die Leidenschaft unserer Mitarbeiter für die Schaffung einer sichereren Welt bei gleichzeitiger Einhaltung höchster Standards in Bezug auf Compliance, Qualität und Integrität. Mit einem globalen Netzwerk von Partnern und Ressourcen, Technologieplattformen der nächsten Generation und lokalen, fundierten Marktkenntnissen liefern wir maßgeschneiderte, kosteneffiziente Lösungen für sich schnell ändernde und neu entstehende Kundenbedürfnisse. Derzeit beschäftigt Constellis mehr als 20.000 Mitarbeiter in über 45 Ländern in einigen der anspruchsvollsten Umgebungen der Welt.

Constellis wurde 2010 von einer Gruppe von Betreibern und Investoren gegründet, die die besten Marken, Vermögenswerte und Personen in der komplexen Risikomanagement-Branche zusammenführen wollten. Die Constellis-Unternehmensfamilie hat sich seit ihrer Gründung zu einem globalen Team von Branchenführern entwickelt, darunter ACADEMI, International Development Solutions, Triple Canopy, Centerra, AMK9, Edinburgh International, Strategic Social, National Strategic Protective Services, OMNIPLEX und Olive Group. Heute ist Constellis der größte und vielfältigste Anbieter von Risikomanagement-Dienstleistungen und bietet schlüsselfertige Lösungen für die komplexesten Herausforderungen unserer Kunden weltweit.

Constellis ist ein zuverlässiger und erfahrener Anbieter von Sicherheitsdienstleistungen in risikoreichen Umgebungen, abgelegenen Gebieten und aufstrebenden Märkten zur Unterstützung von Land-, Luft-, See- und Cyberbetrieb. Wir bieten qualitätsorientierte, professionelle Dienstleistungen zum Schutz von Personal, Infrastruktur und anderen wertvollen Gütern und Investitionen. Unser Ziel ist es, unseren Kunden die Arbeit zu erleichtern und sie dabei zu unterstützen, ihre Geschäftskontinuität zu gewährleisten und ihre Unternehmensziele zu erreichen.

Constellis hat erheblich in die Qualität und Sicherheit unserer Arbeit investiert, um den Anforderungen unserer Kunden gerecht zu werden. Unsere professionell ausgebildeten, schützenden Sicherheitsexperten sind Experten für Terrorismusbekämpfung, Spezialeinsätze, Ausbildung, Waffen, Sprengstoffe, Sicherheitsstrategie und -analyse, medizinische Vorsorge und Kriseneinsätze mit hohem Risiko. Sie sind in der Lage, eine Vielzahl von Sicherheitsherausforderungen in Übereinstimmung mit lokalen, internationalen und menschenrechtlichen Gesetzen zu erkennen, abzuschrecken und darauf zu reagieren, und werden von engagierten Ländermanagement-Teams und internen Qualitätsmanagementsystemen gesteuert. Constellis Unternehmen sind (Private Security Company Standard) PSC.1 zertifiziert und halten sich seit langem an die Prinzipien des International Code of Conduct for Private Security Service Providers (ICoC).

Unsere Konvoi-Eskorte, private Sicherheitsdetails und stationäre Sicherheitskräfte werden rund um die Uhr von unserem Global Operations & Communications Centre (GOCC) mit Hilfe einer Tracking- und Überwachungssoftware überwacht, die von unserer umfangreichen globalen Infrastruktur unterstützt wird. Unsere Teams bestehen aus qualifizierten Teamärzten, die nach den von unseren Kunden festgelegten medizinischen Standards ausgebildet und ausgestattet sind.

Mit mehr als einem Jahrzehnt Erfahrung in der Unterstützung nationaler strategischer Ziele liefert Constellis diskrete, expeditionsorientierte Support-Lösungen, die den Geheimdienst dabei unterstützen, auf Bedrohungen der nationalen Sicherheit zu reagieren und gleichzeitig einige ihrer wichtigsten Aufgaben im In- und Ausland zu lösen.

Wir bieten eine breite Palette an innovativen Lösungen zur Unterstützung von Einsätzen mit geringer Sichtbarkeit oder klassifizierten Einsätzen, einschließlich Supply Chain Management, schlüsselfertiger

Die Eingliederung der „POLIZEI“ bei constellis

Eine Übersicht gegen Mißbrauch

Quelle: <https://constellis.com>

Logistik und Planung, vollständig integrierter Lebenserhaltung, umfassender, intelligenter Sicherheit und Elite-Trainingservices.

Unsere Kunden profitieren von unserer Fähigkeit und Bereitschaft, Logistikprozesse an strengen, komplexen Standorten und Bedingungen selbst durchzuführen. Wir nutzen ein umfassendes Ressourcenpotential, ein globales Partnernetzwerk und erstklassige Einrichtungen, um schnell reagierende, gegliederte Services bereitzustellen, die den individuellen und oft heiklen Anforderungen jedes einzelnen Kunden gerecht werden. Darüber hinaus verfügt Constellis über eine intime Kenntnis und einen tiefen Respekt für die Volkswirtschaften, Gemeinschaften und Kulturen, in denen wir tätig sind.

Mit einem langjährigen Engagement für den Geheimdienst besitzt und betreibt Constellis das größte private Schulungszentrum in den Vereinigten Staaten, mit freiem Luftraum und einem separaten privaten, abgeschlossenen Schulungsgelände, das innerhalb der Grenzen des Schulungszentrums gesichert ist.

Die zunehmende Komplexität unserer globalen Bedrohungslandschaft stellt ein großes Risiko für Regierungen dar, die in risikoreichen, abgelegenen Gebieten oder aufstrebenden Märkten tätig sind. Als zuverlässiger und bewährter Partner für Regierungskunden weltweit bietet Constellis erstklassige, professionelle Schutzdienste zur Absicherung von Regierungsmissionen im Ausland, sei es diplomatisch, militärisch oder hilfsorientiert. Unsere intelligenten, maßgeschneiderten Sicherheitslösungen sind speziell auf die Bedürfnisse unserer Kunden zugeschnitten und ermöglichen es ihnen, sich in einer sicheren Umgebung auf ihre primären Geschäfts- oder Richtlinienziele zu konzentrieren.

Wir unterstützen nationale Regierungen, ausländische Militärs und Sicherheitskräfte des Gastlandes durch die Bereitstellung persönlicher Sicherheitsdaten und Konvoi-Eskorte für Würdenträger, Regierungsbeamte und Personal sowie statische Sicherheitsdienste für Regierungsgebäude, Notfallzentren, Militärstützpunkte und andere temporäre und permanente Regierungseinrichtungen auf der ganzen Welt. Mit Tausenden von erfolgreichen Missionen im Nahen Osten, Süd- und Zentralasien, Osteuropa, Afrika südlich der Sahara und Nord- und Südamerika verfügen wir über umfangreiche Erfahrungen bei der Mobilisierung und Verwaltung einer großen Anzahl von Sicherheitsteams und lokalen Schutztruppen vor Ort in abgelegenen, konfliktreichen Gebieten und Katastrophengebieten.

Unser Team von professionell ausgebildeten, schützenden Sicherheitsexperten wird von ehemaligen hochrangigen Regierungsbeamten mit herausragendem militärischem, polizeilichem und speziellem Hintergrund geleitet. Sie sind Experten für Terrorismusbekämpfung, Spezialeinsätze, Ausbildung, Waffen, Sprengstoffe, Sicherheitsstrategie und -analyse, medizinische Vorsorge und Kriseneinsätze mit hohem Risiko.

Bei Constellis stehen Kundenservice und Sicherheit an erster Stelle. Wir sind weithin bekannt für unsere strenge Ausbildung, unseren anspruchsvollen Ethikkodex, unsere kluge Strategie und unsere einwandfreie Ausführung. Unsere Unternehmen sind nach dem Private Security Company Standard (PSC.1) zertifiziert und halten sich weiterhin an die Grundsätze des International Code of Conduct for Private Security Service Providers (ICoC).

Die „deutsche POLIZEI“ (Germany) wurde im Juni 2017 bei constellis eingegliedert und hat seitdem die vorrangige Aufgabe das Kollateral, die Werte des „deutschen Volkes“ zu sichern und vor fremden Zugriff zu schützen. Dabei muß acht darauf gegeben werden, daß die Körper, die Werte des Kollateral und dessen Träger, nicht durch Haft oder andere Geiselnahme zur Deckung mißbraucht werden und somit Schaden zu vermeiden. Zu achten ist damit ebenfalls, daß nicht willkürlich Konten eröffnet werden, die man anschließend nicht wieder geschlossen bekommt, weil die Obligationen fehlen und durch Willkür die Körper des Kollateral zum schließen der Konten mißbraucht werden (Plünderung, Freiheitsberaubung, Menschenhandel), sodaß dies eine Meldung an die oberste Aufsichtsbehörde (IRS) zur Folge hätte.

Das Grundgesetz kennt keine Steuerpflicht



Erhöhung der Umsatzsteuer von 16 auf 19 Prozent geschah ohne gesetzliche Grundlage

Zu dem Bericht »Steuerfahnder in Bäckereien«:

Die Bundesrepublik Deutschland hat seit dem 1. Januar 2002 kein in Kraft befindliches Umsatzsteuergesetz, weil das im BGBI veröffentlichte UStG gegen den Art. 19 1 2 des Grundgesetzes, das sog. Zitiergebot verstößt. Mit dem Einführen des § 27b UStG, genannt Umsatzsteuer-Nachschau, wurde das UStG zitiertpflichtig, weil nun mit Hilfe dieses Gesetzes der Art. 13 GG, die Unverletzlichkeit der Wohnung, eingeschränkt werden sollte. Ein Gesetz, das jedoch ein Grundrecht einschränkt, muss dieses Grundrecht im Wortlaut zitieren und auf die Einschränkung hinweisen. Z.B. nachzulesen in der Abgabenordnung der dortige § 413 (Einschränkung von Grundrechten). Im Art. 19 1 2 GG steht ausdrücklich, dass zitiert werden muss, die Rechtsfolge ist die Nichtigkeit des ganzen Gesetzes mit dem Inkrafttreten,

um Auswüchse, wie sie im Dritten Reich per Gesetz legalisiert wurden, sofort und ohne Grundrechtsverletzungen zu verhindern. Eine Vorlage des Gesetzes vor das Bundesverfassungsgericht ist nicht möglich, da Art. 19 1 2 GG Gesetzeskraft besitzt, die Nichtigkeit des Gesetzes nicht noch ein weiteres Mal festgestellt werden kann und darf, alle Verwaltungsakte, Umsatzsteuerbescheide, Durchsuchungen, Festnahmen sowie auch das Kassieren der Mehrwertsteuer durch den Handel ist mangels eines gültigen Umsatzsteuergesetzes nichtig. Selbst die Erhöhung der Umsatzsteuer von 16 auf 19 Prozent geschah ohne eine gesetzliche Grundlage. Dieses ist der wohl bisher dreiste Fall von Verfassungsbruch in der Verfassungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bundesweit sind inzwischen unzählige Verfahren und Klagen wegen der Nichtigkeit sämtlicher Umsatzsteuer-

bescheide seit dem 1. Januar 2002 anhängig. So lange jedoch der Bundesbürger insbesondere der Finanzverwaltung im voraussehen mit seinen grundgesetzlich verbürgten Rechten gegen die Gesetzlosigkeit und Willkür des Fiskus wehrt, bleibt ihm nichts anders übrig, als sich bis zur persönlichen wie wirtschaftlichen Existenz vorzichten zu lassen.

Die deutsche Finanzverwaltung steht bis heute noch immer mit dem auch für sie verbindlichen Grundgesetz auf Kriegsfuß, denn entgegen der einmal in Deutschland gültig gewesenen Weimarer Verfassung sieht das deutsche Grundgesetz keine Steuerpflicht des Bürgers kraft Verfassung vor, so dass den Bürger dessen Grundrechte auch gegenüber Eingriffen aber insbesondere Übergriffen der Finanzämter schützen. Im Jahr 2002 hat der ehemalige Bundesverfassungsrichter Paul Kirchhof

in einem bemerkenswerten Aufsatz geschrieben: »Der Rechtsge- danke scheint im Steuerrecht ver- loren gegangen zu sein. Im Steuer- alltag redet der Finanzbeamte mit dem Steuerpflichtigen weniger über das Gesetz, sondern mehr über seine dienstlichen Anweisun- gen, über Richtlinien und Erlasse. Er kennt das Gesetz vielfach nicht. Es interessiert ihn (den Finanzbe- amten) auch nicht, er vollzieht seine dienstlichen Weisungen. In- soweit müssen wir auch im Steu- errecht diesen Rechtsstaat wieder elementar neu errichten.« Dem ist gegenwärtig nichts hinzuzufügen.

BURKHARD LENNIGER
21762 Otterndorf

Leserbriefe stellen keine redaktionellen Mel- dungen dar; sie werden aus- Zurechnen, die an das WESTFALEN-BLATT gerichtet sind, ausgewählt und geben die per- sönlichen Ansichten ihres Verfassers wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor.

~~~Westfalen-Blatt Nr. 232, Themen der Zeit 3./4./5. Oktober 2008~~~, Tag der Dt. Einheit~~~